MIETERHÖHUNG IN WEST-BERLIN
Seite 2

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 11 11. Oktober 1971 5. Jahrgang 50 Pfennig

C 21246 E

ÄRZTESTREIK

In der BRD und in West-Berlin ist die Gesundheitsversorgung miserabel. Die Arztpraxen, besonders in den Arbeitervierteln, sind überfüllt. Für Kassenpatienten fehlt die Zeit, Privatpatienten werden bevorzugt behandelt. Die Ärzte werden von der AOK je nach der Anzahl der Krankenscheine bezahlt und deshalb steht für viele Ärzte nicht der Kranke, sondern der Krankenschein im Vordergrund. Außerdem haben die meisten keine ausreichenden Einrichtungen für eine genaue Diagnose im Labor und veraltete Apparate, z.B. für ein EKG. In den

bekam auch kümmerliche 184 Planstellen für die Krankenhausärzte zugebilligt und wollte daraufhin im Herbst 1971 mit dem Senat weiterverhandeln. Die Funktionäre des Marburger Bundes spielten die gleiche abwieglerische Rolle wie die Gewerkschaftsbonzen in den Lohnkämpfen der Arbeiterklasse: Die Streikwilligen hinhalten, die Initiative an sich reißen, um zu

KNAST

ÜBER VORFÄLLE UND ZUSTÄNDE IN AMERIKANISCHEN GEFÄNGNISSEN

Der nachstehende Artikel über Gefängnisse und Arbeitslosigkeit in den USA wurde uns von einem Genossen zugesandt. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung von Zitaten aus der bürgerlichen Presse. Von einer kleinen Lokalzeitung bis zum Spiegel stellte der Genosse die Zitate fast ungeändert zusammen. Dies Beispiel zeigt deutlich, wie wir auch aus bürgerlichen Zeitungen die tatsächlichen Zusammenhänge begreifen können, wenn wir sie nur aufmerksam und vom richtigen Klassenstandpunkt aus lesen.

Mit diesem Beitrag gibt der Genosse weiterhin ein Beispiel, wie man nicht nur durch Spenden den ROTEN MORGEN unterstützen kann.

In amerikanischen Gefängnissen sitzen derzeit 426 000 Häftlinge (Männer und Frauen, sowie Jugendliche, die in Besserungsanstalten sind). Davon sind 80 % wegen Eigentumsdelikten inhaftiert. Nicht weniger als 70 % von allen Gefangenen werden wieder rückfällig. Schwarze Gefangene sind in diesem System der sozialen Ungerechtigkeit grundsätzlich politische Gefangene. (WZ)

50 % – 60 % der Häftlinge sind Schwarze, bei einem Bevölkerungsanteil von 11 %. (Spiegel)

Bei dem Gefängnisaufstand in Attica kamen 42 Menschen ums Leben (32 Häftlinge und 10 Gefängniswärter). Sie wurden von Nationalgardisten und Polizisten, die aus vier Richtungen anstürmten, im Kreuzfeuer erschossen. Insgesamt waren 17 000 Polizisten, Nationalgardisten und Gefängnisbeamte im Einsatz, um den etwa 1 000 Mann starken Aufstand im Feuerhagel zu ersticken. (Spiegel)



Krankenhäusern, wo alles vorhanden wäre, sind keine Polikliniken (Ambulatorien), in denen die Patienten auf Krankenschein völlig durchuntersucht werden können. In Berlin sind solche Polikliniken 1952 geschlossen worden, im Interesse der freipraktizierenden Ärzte. Nur in Universitätskliniken sind Polikliniken vorhanden, die meistens auch überfüllt sind oder nur „besonderen Fällen" vorbehalten sind, wobei man sich Monate vorher anmelden muß !

In den Krankenhäusern gibt es zuwenige Ärzte, die dann durch die daraus folgende Überlastung, dauernde Anspannung durch Bereitschaftsdienst und Überstunden einfach nichtmehr zu einer gründlichen Behandlung der Patienten in der Lage sind.

Für Krankenhäuser ist kein Geld da, weil sie keinen Profit abwerfen. Krankenhäuser sind Zuschußbetriebe, wie alle sogenannten „sozialen Einrichtungen" (Kindergärten, Schulen, Altersheime). Außerdem dient das Krankenhaus im Kapitalismus nur der Reparatur der Arbeitskraft, damit der dann notdürftig wiederhergestellte Arbeiter dem Kapitalisten so schnell wie möglich wieder zur Ausbeutung zur Verfügung steht.

Und als Rentenempfänger soll er möglichst bald krepieren (vgl. d. Artikel 'Alte Menschen im Kapitalismus'). Die Ärzte streiken, weil sie oftmals 32 Stunden hintereinander arbeiten müssen, für Überstunden und Bereitschaftsdienst weder Freizeitausgleich noch Bezahlung bekommen (in West-Berlin werden erst seit August zur Beschwichtigung Überstunden bezahlt), weil zuwenige Planstellen vorhanden sind, weil sie teilweise unnützen, sehr viel Zeit beanspruchenden Schreibkram erledigen müssen, statt sich in dieser Zeit um die Patienten kümmern zu können. Seit zwei Jahren sind die Tarifverhandlungen überfällig. Die Initiative einiger Berliner Kassenärzte brachte die Ärzte in Bewegung. Auf einer Vollversammlung am 4.5.1971 zwangen die versammelten Ärzte dem Marburger Bund (Standesvertretung der Ärzte), die Forderungen auf, die ungefähr jetzt von ihnen vertreten werden. Der Marburger Bund wollte gemächlich in die Verhandlungen eintreten, bremsen, billige Kompromisse aushandeln und diese als große Erfolge auszugeben. Die unzumutbaren Zustände in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sind der Regierung nicht neu:

13.11.69: Medizinalassistenten, Studien- und Gerichtsreferendare demonstrieren in West-Berlin für bessere Bezahlung und Ausbildung.

20. 1.70: Protestversammlung der Krankenschwestern im Klinikum Steglitz, West-Berlin, gegen übermäßige Arbeitsbelastung.

14. 3.70: Protestmarsch in Berlin-Kreuzberg gegen die Schließung des Bethanien-Krankenhauses.

3. 9.70: Protestdemonstration von 1500 Med.-techn.-Assistentinnen aus der BRD und West-Berlin in Hamburg gegen die Verkürzung der Ausbildungszeit.

24. 9.70: Protestdemonstration der Krankenpflegeschülerinnen in West-Berlin gegen die Herabsetzung des Ausbildungsalters.

17.12.70: Protestversammlung der Krankengymnastik-Schülerinnen vor der Teidel-Schule in West-Berlin gegen unzumutbare Zustände dort.

Trotz der verräterischen Abwieglertaktik der Führung des Marburger Bundes demonstrierten am 30.7.71 in West-Berlin ungefähr 800 Ärzte und 100 Krankenschwestern und Pfleger gegen die Zustände in der Gesundheitsfürsorge. Sie führten Parolen mit, wie:

◈ Diagnosezentrum am Kuhdamm – warum nicht kostenlos im Wedding?

◈ An jedem Erste-Klasse-Bett wird ein Chefarzt reich und fett.

◈ Es wächst der Polizei-Etat, für die Gesundheit ist nichts da.

Sie stellten folgende Forderungen auf:

◈ Ärztliche Arbeit zum Nutzen des Volkes !

◈ Ärztliche Ausbildung nach den Bedürfnissen des Volkes !

◈ Auf jeder Station zwei approbierte Ärzte !

◈ 100 %ige Vergütung des Bereitschaftsdienstes !

◈ 50 %ige Freizeitabgeltung für den Bereitschaftsdienst !

◈ Gleiche Arbeitsbedingungen in nichtstädtischen Häusern !

◈ Schluß mit der Ausbeutung aller Arbeitenden !

Fortsetzung Seite 2



Aufstand in Attica

Neben den 42 Toten sollen noch weitere 200 Häftlinge Schußverletzungen erlitten haben. Laut Gouverneur Rockefeller läßt sich dieses Vorgehen der stürmenden Uniformierten, die nach dem Eindruck mehrerer Anwälte und Ärzte wahllos in die Menge feuerten und selbst Gefangene nicht verschonten, die sich bereits deutlich ergeben hatten, moralisch rechtfertigen. Der Öffentlichkeit log man vor, daß die Gefängniswärter von den aufständischen Gefangenen die Kehle durchgeschnitten bekamen. Diese Angaben haben sich jedoch als unwahr erwiesen, da man keine durchgeschnittenen Kehlen feststellen konnte, sondern Kugeleinschüsse aus den Gewehren der Uniformierten. (WZ)

In Attica fühlen sich die meisten der zu 85% farbigen Häftlinge als unschuldig, was immer sie auch getan haben. Sie betrachten sich als ein Opfer der Gesellschaft. In amerikanischen Gefängnissen findet man keine leichten Verbrecher, wie Alkoholiker, Scheckfälscher, Taschendiebe und Gelegenheitsdiebe mehr. Sie bekommen nach gerichtlichen Schnellverfahren Freiheitsstrafen zur Bewährung. Zwei Drittel aller zur Haft Verurteilten in den USA sind laut 'Time' zur Zeit auf freiem Fuß. Die Bereitschaft, Kriminelle laufenzulassen, hat freilich ihre Grenzen, wenn die Straftäter schwarz, arm oder unwissend sind. So ist in den amerikanischen Gefängnissen die größte Kategorie arm, die zweitgrößte schwarz und die dritte sind die Ungeschulten. (Spiegel)

Zu einer weiteren Häftlingsrevolte kam es eine Woche nach dem Aufstand in Attica in New Orleans. In dem mit 1000 Häftlingen belegten Stadtgefängnis legten die Insassen in mindestens zwei Gebäuden Brände und schwenkten die Fahnen der Black Panther Organisation. (WZ)

Im Mai 1971 waren 10,5% aller schwarzen Arbeiter arbeitslos, dies sind fast doppelt so viele wie Weiße seit 1963 insgesamt. Von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen sind die Jugendlichen. Im Mai zählte man in den Elendsvierteln der 100 größten amerikanischen Städte 44,9% schwarze jugendliche Arbeitslose und 18,1% weiße Jugendliche. Diese Zahlen erfassen nur diejenigen Leute, die sich noch um Arbeit bemühen. Tausende haben es nie versucht oder längst aufgegeben. (Spiegel)



HEISSER DRAHT WASHINGTON – MOSKAU

Ende September unterzeichneten die Außenminister der USA und der Sowjetunion, Rogers und Gromyko, eine im Rahmen der SALT-Gespräche ausgeheckte Übereinkunft, wonach sich beide Regierungen im Falle einer irrtümlich ausgelösten Atomrakete sofort benachrichtigen wollen. Die Imperialisten der USA und der Sowjetunion haben Angst davor, daß einer ihrer Befehlsempfänger mal verrückt spielen könnte und eine Atombombe „verliert", die nicht so gemeint war. Für diesen Fall ist der heiße Draht zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml verstärkt worden. Wie wir an der vor einigen Jahren vor der spanischen Küste ins Meer gefallenen Bombe gesehen haben, können Atombomben irrtümlich auch auf andere Länder als USA und Sowjetunion geworfen werden, die der Atomclub bei seinen Gesprächen nicht dabei haben will. Wirkliche Abrüstungsgespräche müßten die Abschaffung der Atombomben zum Ziel haben. Das jedoch will von den Atommächten nur die Volksrepublik China.



ÄRZTESTREIK

Fortsetzung von Seite 1

Nun fühlte sich auch der Marburger Bund gezwungen, diese Forderungen teilweise zu übernehmen. Zuerst wurde aufgrund einer Urabstimmung ein Warnstreik (Kampfstufe 2) in den städtischen Krankenhäusern durchgeführt – ab 14.9.71 bis auf weiteres Kampfstufe 3 in fünf Krankenhäusern. Die Kampfstufe 2, die auch weiter fortgeführt wird, bedeutet Schreibstreik. Die Ärzte beschränken sich auf die Behandlung der Patienten – der Papierkram bleibt liegen (z.B. gibt es im Klinikum Steglitz, West-Berlin, über 2000 verschiedene Formulare !). Deshalb können die Verwaltungsbeamten keine Rechnungen mehr ausstellen und der Senat stöhnt über 7 Millionen DM ausstehende Gelder. Kampfstufe 3 ist ärztlicher Notdienst, bei dem nur besonders dringende Fälle aufgenommen werden und bei dem alle Patienten besonders intensiv, d.h. endlich normal behandelt werden.

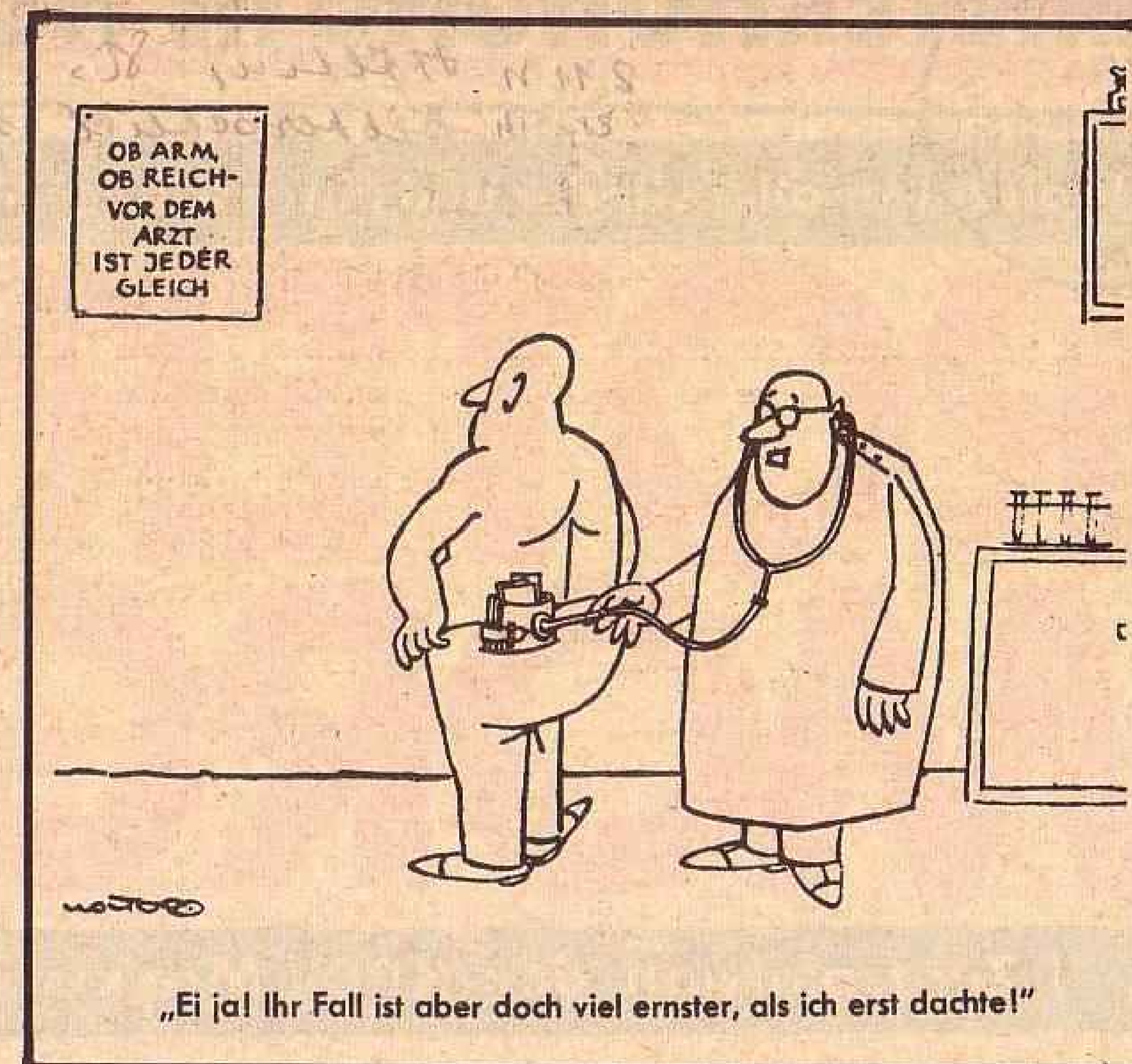
Die Mehrzahl der Westberliner Bevölkerung hat die Notwendigkeit dieses Streiks eingesehen und sich z.T. in die Solidaritätslisten eingetragen. Der Marburger Bund unterstützt die ökonomischen Forderungen der Ärzte, versucht aber dabei zu verschleiern, daß die Ursachen für die Misere im kapitalistischen System begründet liegen. Deswegen beschränkt er sich nur auf die Verbesserung der Bezahlung, Überstundenausgleich und fordert einen Schichtdienst, der aber nur bei ausreichender Anzahl von Ärzten durchgeführt werden kann, für die allerdings keine Planstellen vorhanden sind.

Der Berliner Gesundheitssenator Wolters (SPD), der noch vor kurzer Zeit als Assistenzarzt selber radikal getönt hatte, ist peinlich berührt, daß gerade in seinem Bereich ein Arbeitskampf stattfindet. Er bezeichnet den Ärztestreik als „grobe Verletzung des Grundsatzes von der Verhältnismäßigkeit der Mittel", und machte sich scheinheilig zum Fürsprecher der Westberliner Bevölkerung : Er warf den Ärzten vor, daß sie gerade in Berlin streiken, wo die Bevölkerung aufgrund ihrer Sozial- und Altersstruktur besonders schwer betroffen wird. Warum berücksichtigt der Gesundheitssenator plötzlich beim Ärztestreik die Altersstruktur der Berliner Bevölkerung und hat sie bei der Planung von ausreichenden Hospitalbetten bisher vergessen ?

Der Gesundheitsstadtrat von Neukölln wurde auch plötzlich aktiv. Eine Patientin war wegen des Streiks vom Neuköllner zum Britzer Krankenhaus gefahren worden – was oft genug in Zeiten ohne Streik vorkommt, weil zum Beispiel viele Krankenhäuser überfüllt sind. Nachdem dieser Fall von Senat und Presse systematisch hochgespielt worden war, mußte der Gesundheitsschuß des Senats zugeben, daß es während des Streiks noch nicht zur Gefährdung des Lebens von Patienten gekommen sei.

Der Streik der Ärzte, der sich auch schon auf Hamburg und Köln ausgeweitet hat, würde bei der Erfüllung der Forderungen nur um eine vorübergehende Milderung der schlimmsten Zustände im Gesundheitswesen erreichen.

Viele Krankenschwestern, Pfleger und Ärzte haben bereits erkannt, daß es nicht um bloße Reformen, sondern um die Revolution geht. Sie fordern: „Schluß mit der Ausbeutung aller Arbeitenden!" Das zeigt, daß auch die Werktätigen im Gesundheitswesen beginnen, sich der breiten spontanen Bewegung gegen die imperialistische Unterdrückung anzuschließen. Den Revisionisten von DKP und SEW paßte das natürlich nicht; sie versuchen, die kämpfenden Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger auf den reformistischen Weg zurückzuzerren. Auch sie sagen zwar, daß die Gesundheitsversorgung schlecht ist, beschränken sich aber auf die ökonomische und standespolitische Seite. Sie verschweigen, daß es eine wirkliche Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Kapitalismus nicht geben kann, weil das den Interessen der herrschenden Klasse nicht entspricht. Damit stehen sie an der Seite der Sozialdemagogen der SPD, die durch leere Versprechungen den Unmut der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen auffangen wollen und nur im Sinne der Kapitalistenklasse handeln.



„Ei ja! Ihr Fall ist aber doch viel ernster, als ich erst dachte!"

Die Sozialdemokratie spielt ihre Rolle: Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Das führt uns die SPD/FDP-Regierung jetzt wieder einmal vor: Erst kündigt sie großartig Reformen an, „die auch ganz bestimmt finanziell abgesichert sind", dann rückt sie damit heraus, wer diese Reformen bezahlen soll: die breite Masse der Werktätigen durch Konjunkturzuschlag und Steuererhöhungen, und bald wird sich herausstellen, daß trotz riesiger „Finanzpolster" höchstens lächerlich geringe soziale Verbesserungen erreicht sind. Denn der kapitalistische Staat braucht Milliardensummen zur Niederhaltung der Völker und wirft das, was er den Werktätigen wegnimmt, den Monopolkapitalisten in den Rachen.

Im Sozialismus dagegen packt die Gesundheitsfürsorge bei den brennendsten Problemen an. Sie dient der Gesunderhaltung des Volkes, arbeitet an der Erforschung der häufigen Krankheiten, an der Vermeidung von Berufskrankheiten, so wie es heute in China und Albanien bereits Selbstverständlichkeit geworden ist.

In der Bundesrepublik und in West-Berlin heißt die Diagnose: Die herrschende Klasse ist unheilbar krank – das Proletariat ist ihr Totengräber. Die Therapie: Gewaltsamer Sturz der Kapitalistenklasse durch das Proletariat und die mit ihm verbündeten Schichten unter Führung der Kommunistischen Partei. Nur das kann auch zu einer ausreichenden Gesundheitsfürsorge im Interesse des ganzen Volkes führen.

MIETERHÖHUNG IN WEST-BERLIN
BERICHT VON EINER MIETERVERSAMMLUNG

Jeder kennt die unmenschlichen Betonwohnmaschinen am Großstadtrand. Das Märkische Viertel und die Gropiusstadt bilden da keine Ausnahme. Im Märkischen Viertel leben 45 000 Menschen schon heute auf engstem Raum zusammengepfercht,

Eine Arbeiterfrau meldet sich zu Wort. Unter Tränen berichtet sie, daß sie seit Dezember 1970 acht Wohngeldanträge gestellt hat. Bis heute keine Antwort. Betretenes Schweigen, be-

WER HAT DIE INDONESISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI VERRATEN ?

Die Verräter am proletarischen Internationalismus aus Moskau sind auf den Trichter gekommen, ihren Verrat nun den chinesischen Kommunisten und besonders Mao Tsetung in die Schuhe zu schieben.

NEUERSCHEINUNG:
Zur Feier des 50. Jahrestags der Kommunistischen Partei Chinas 1921-1971
116 Seiten Preis 0,60 DM
VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR
Peking 1971
Bestellungen an:
ZENTRALER

Menschen, die zum großen Teil aus den Berliner Arbeitervierteln Kreuzberg, Neukölln und Wedding rausgeschmissen wurden, weil profitgierige Hausbesitzer, Bodenspekulanten und Baugesellschaften nicht mehr den höchsten Mietzins aus ihnen herauspressen konnten.

Als einzige Wahl wurde ihnen die Umsiedlung in ein Neubaugebiet gelassen, wo die Miete das 2 bis 3-fache der alten Miete beträgt. !m Märkischen Viertel und anderswo wird die Miete durch die „sozialen" Baugesellschaften eingetrieben. Bei zweimaligen Mietrückstand: Zwangsräumung und oft Einweisung in ein Obdachlosenheim. Da wird nicht lange gefackelt, besonders nicht bei kinderreichen Arbeiterfamilien, die sind so unbequem und passen so schlecht in das Schema des „Normalmieters".

Die kleinere der beiden Baugesellschaften im Märkischen Viertel, die DeBauSie, „Eigentümerin" von 821 Wohnungen drehte die Mietschraube etwas zu schnell zu: 25%ige Mieterhöhungen, verbunden mit rückwirkenden Nachzahlungen bis zu 1500,- DM war selbst der Springerpresse zu viel. Die Mieter fanden sich spontan zu Protestversammlungen zusammen; erst waren es 200, bei der zweiten Versammlung schon 500. Sie alle blickten auf den Mieterschutzbund und SPD-Vorstand, der „nach allen Seiten offen" war und „natürlich keine Parteipolitik" trieb: „Wir können nur Leute gebrauchen, die sachliche Mitarbeit anbieten." Neben den Reformisten vom Mieterschutzbund saßen ihre Auftraggeber: Vertreter des Senats, des Bezirksamtes, der Baugesellschaft und der Wohnbaukreditanstalt.

Die Rolle der Wohnungsbaukreditanstalt ist besonders charakteristisch: Sie tritt als „neutrale" Prüferin der Kostenrechnung der DeBauSie auf. **Einen** Pfennig hat sie der Baugesellschaft schon von der neu berechneten Quadratmetermiete gestrichen. Diese Augenwischerei und die Beteuerungen der DeBauSie, sie sei doch gar nicht kapitalistisch, wurden von den Mietern mit Pfiffen quittiert. Die Angebote des Senats, den betroffenen Mietern mit Wohngeld aus der finanziellen Patsche zu helfen, wurden genauso abgelehnt, wie das „großzügige" Angebot der DeBauSie, die Mieter könnten ja einen Mieterrat bilden, um die Betriebskosten zu überprüfen. Die Kapitalisten am Podium lenkten scheinbar ein. Die DeBauSie macht das Angebot, die Forderung auf rückwirkende Nachzahlung zu streichen. Die dadurch nicht „eingenommenen" 400 000 DM könnten von der „Muttergesellschaft", der Hoch-Tief AG vorgeschossen werden. Die Revisionisten (SEW) geben sich schon damit zufrieden. „Das Schlimmste ist abgewendet."

sonders beim zuständigen Stadtrat. Er notiert sich den Fall; will persönlich für die prompte Erledigung sorgen. Man gibt sich menschlich. Dieses ganze Geschehen ist jedoch nichts als fauler Zauber. Keiner sollte merken, daß die Podiumsteilnehmer alle unter einer Decke steckten und sich gegenseitig die Bälle zuspielten. Diese Versammlung sollte, wie so viele vorher, eine Ventil- und Alibifunktion haben. Die Mieter können sich in aller Öffentlichkeit mit Schimpfworten „abreagieren". Die Kapitalisten und ihre Lakaien finden immer neue Buhmänner, auf die sie die Schuld schieben: die Aktionäre, die Hausmeister, die allgemeine Teuerung, die Mieter, die immer Schwierigkeiten machen.

Am Tag nach der Mieterversammlung erklärte Bausenator Schwedler (SPD) vor Rundfunk und Presse: „Ich verstehe die DeBauSie nicht. Warum hat sie die Mieten nicht schon vorher nach und nach erhöht. Wir haben ihr doch schon längst die Genehmigung dazu gegeben."


DIE WOHNMASCHINEN IM MÄRKISCHEN VIERTEL

Herrschaft der Arbeiterklasse beseitigten und vergeblich versuchten, sich auch die Kommunistische Partei Chinas gefügig zu machen, faßten seinerzeit die USA-Imperialisten den Mut, ihre Aktivitäten in Indochina zum Krieg auszuweiten, wobei sie darauf spekulierten, ebenfalls China unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Daß das chinesische Volk diese Versuche vereitelte, wird ihm nun von den Herren in Moskau als Verrat an den Befreiungsbewegungen in den unterentwickelt gehaltenen Länder ausgelegt. Mao Tsetung habe den Völkern vorgeschlagen, den bewaffneten Kampf gegen ihre Unterdrücker zu führen; das sei abenteuerlich und habe zur Vernichtung der Kommunistischen Partei Indonesiens geführt. Hierzu muß festgestellt werden: Gerade der Verzicht der KP Indonesiens darauf, die Massen auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten, hat es der Suharto-Clique ermöglicht, ein Massenschlachten unter den nicht vorbereiteten indonesischen Kommunisten anzurichten. In der Tat war die Unterstützung des Putsches einiger nationalistischer Leutnante, womit diese den Imperialistenknechten Suharto und Nasution zuvorzukommen suchten, ein abenteuerlicher Akt, durchgeführt auf Anraten von Peng Dschen und Liu Schao-tschi, den Pekinger Moskausöldlingen. Wie sich die Sozialimperialisten die Unterstützung der Befreiungsbewegungen vorstellen, dafür gibt Indonesien ein treffendes Beispiel ab: Suhartos Außenminister Malik erhandelte noch 1970 in Moskau Mig-Jäger und Panzer. Durch eine hinausposaunte „Kritik" an der revolutionären Linie der Kommunistischen Partei Indonesiens, die aus den Fehlern die korrekten Schlüsse gezogen hatte, erhielt Suharto 1968 den Tip, wo er die Guerillabewegung auf Java zu zerschlagen hatte. Der Volkskrieg gemäß den Lehren Mao Tsetungs hingegen hat zur Befreiung von weiten Gebieten auf Kalimantan (Borneo) geführt.

LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn, 2 Hamburg 19, Postfach 7654, Postscheckkonto Hamburg 3217 30

WIEDER EINE OHRFEIGE

Die Ohrfeige der Beate Klarsfeld hatte seinerzeit das Lächeln des „Königs Silberzunge", Alt-Nazi Kurt Georg Kiesinger, zerstört. Mittlerweile werden die Neonazis, ob in NPD, CSU oder auch SPD, immer frecher. BILD gibt sich entrüstet, weil so ein Neonazi jetzt Brandt wegen dessen Ostpolitik geohrfeigt hat. So sehr Brandt, der die Ansicht vertritt, man solle die Neonazis sich austoben lassen, die Ohrfeige verdient hat, der Faschist hatte kein Recht, sie ihm zu verabreichen und die BILD-Zeitung hat kein Recht, deswegen den Entrüsteten zu spielen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag: Roter Morgen GmbH, Westberlin; Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg; Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: D. Schneider, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheckkonto: D. Schneider, Hamburg 336444; Erscheinungsweise: vierzehntägig; Einzelpreis: 50 Pfennig; Abonnement: Inland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu bezahlen.

SCHLUSS MIT DEM INTELLEKTUELLEN GESCHWÄTZ

Gegen den Versuch, unter dem Deckmantel des Kampfes zweier Linien innerhalb der Partei und des Kampfes gegen den Ökonomismus, die Partei zu zerstören !

> Wir – die Kommunistische Partei – wollen das Volk führen, seine Feinde niederwerfen; daher müssen unsere Reihen streng ausgerichtet sein, unser Schritt gleich, die Kämpfer ausgesucht und die Waffen gut sein. Ohne diese Vorbedingungen können wir den Feind nicht niederschlagen.
>
> MAO TSETUNG

Genossen, uns reicht's. In den letzten beiden Ausgaben des ROTEN MORGEN mußten wir lesen, daß wir einer Partei angehören, die eine 'bürgerlich, reaktionäre' Linie verfolgt, deren Hauptquartier von 'objektiven Agenten der Bourgeoisie' erobert wurde, das man niederschlagen müsse, um einen neuen 'revolutionären Kern' in 'der Partei' zu 'bilden'. Einen Kern, der sich dann endlich im Kampf gegen den

Aus Erfahrung wird man klug. Das, was sich hier in den Artikeln des Landesverbandes Südwest abzeichnet, haben wir in den letzten drei Monaten in Hamburg durchexerziert. Es begann damit, daß eine knappe Handvoll intellektueller Genossen unserer Partei urplötzlich den Kampf zweier Linien in der Partei entdeckte. Von da ab sabotierten sie die praktische Arbeit des Landesverbandes. Woll-

sische Arbeiterklasse das kapitalistische System bis hart an den Rand des Zusammenbruchs brachte und nur durch das Eingreifen der Revisionisten über die Runden kam. Unsere Dogmatiker sollten einmal die Kollegen im Betrieb fragen, ob sie sich vorstellen könnten, daß es in der Bundesrepublik 7 Millionen Arbeitslose gibt, daß sie hungern müßten und was sie dann täten. Sie würden ihr blaues Wunder erleben. Das mangelnde Vertrauen unserer Dogmatiker in der westdeutschen Arbeiterklasse ist ebenso groß wie ihre Überheblichkeit.

Das heißt jedoch keinesfalls, die Gefahr und den Einfluß des reformistischen und revisionistischen Giftes zu unterschätzen, das in Form der Propagierung des sogenannten friedlichen Überganges zum Sozialismus, der Verwendung der bürgerlichen Staatsmaschinerie zum angeblichen Nutzen des Sozialismus usw. tagtäglich in die

MORGEN geschrieben ? Ein hervorgehobener Hinweis an alle Genossen die entsprechenden Stellen in Lenins 'Was tun ?' zu studieren, hätte genügt. Denn was anderes als Lenin in eurem Artikel abzuschreiben, habt ihr doch nicht getan. Und dort, wo ihr selbst eure Meinung zum besten gebt, wird's gemischt.

Sicher gibt es den Kampf zweier Linien in der Partei. Den gibt es immer. Die kurze Geschichte unserer Partei zeigt eine Reihe von Beispielen dafür. Gibt es diesen Kampf nicht mehr, ist die Partei revisionistisch entartet. Und es ist notwendig, diesen Kampf gegen rechts- und 'links'opportunistische Auffassungen bewußt zu führen. Nur, dieser Kampf innerhalb der Partei in korrekter Weise zu führen, darüber bestehen zwischen euch und uns grundsätzliche Unterschiede, due zu Antagonismus führen können, wenn ihr euch nicht korrigiert

ihr bei uns anprangert ? Was habt ihr in Südwest, wo sich das Zentrum des KAB befindet, dazu beigetragen ? Die Westberliner Genossen haben einen Artikel gegen die 'KPD/AO' für den ROTEN MORGEN geschrieben. Die Münchener Genossen haben in einer Broschüre die Roten Zellen und was da bei ihnen sonst noch existiert, aufs Korn genommen. Wir haben eine umfangreiche Broschüre gegen das neorevisionistische SALZ, der bei uns stärksten neorevisionistischen Organisation herausgebracht. Ihr aber und ein anderer Landesverband auch habt durch Schweigen geglänzt. Es ist billig, eure eigenen Versäumnisse auf die zentrale Leitung bzw. den ROTEN MORGEN abzuschieben.

Worin liegen die Ursachen für die aufgetretenen Fehler in der Partei ? Ihr sagt u.a., sie lägen in eurem 'Hochmut'. Das mag sein, wir können das, was euren Landes-

Faschismus mit den DKP-Revisionisten verbinden kann.

Wir danken dem ROTEN MORGEN, daß er uns nach dem Prinzip 'Laßt hundert Blumen blühen' in so überaus plastischer Weise den Kampf zweier Linien in der Partei vor Augen führte, so daß es uns möglich ist, die übelriechenden Sumpfblüten der Reaktion von den Blumen des Sozialismus zu unterscheiden. Wir hätten allerdings gewünscht, daß die Redaktion des ROTEN MORGEN die Artikel unter der Spalte 'Kritik und Selbstkritik' und den namentlich (fb) gekennzeichneten Artikel besser als nicht die Meinung der Redaktion gekennzeichnet hätte, um Verwirrung unter den Lesern zu vermeiden. Keineswegs aber vertreten wir die Meinung, daß solche Artikel nicht in den ROTEN MORGEN gehören, weil unsere Gegner sich vielleicht über unsere Streitigkeiten lustig machen und sie für Angriffe gegen uns ausnützen könnten. Laß sie grinsen. Vor nichts haben die Führer dieser reformistischen, revisionistischen und neorevisionistischen Parteien und Gruppen mehr Angst, als sich offen und hart kritisieren zu lassen. Daß solche Beiträge im ROTEN MORGEN erscheinen können, ist nicht ein Zeichen unserer Schwäche, sondern der ideologischen Stärke unserer Partei; Kritik und Selbstkritik sind ein festes Prinzip in unserer Partei.

Das ändert jedoch nichts am Inhalt, an der Tendenz dieser Artikel: 'Das Hauptquartier bombardieren !' Haben wir das nicht schon einmal gehört ? Damals, als der objektive Agent V.M. im ZK und in West-Berlin einen fraktionistischen Putschversuch unternahm. Später, als die Dickhut-Genger-Gruppe zur Spaltung der Partei schritt. Und kürzlich bei uns, als wir das Zimmer des Hamburger Fraktionisten W.L. betraten, dem es gelungen war, den KSB/ML gegen die Partei aufzubringen und der sich hinter dem Rücken der LL der er selbst angehörte, zu Vereinigungsgesprächen mit anderen Gruppen traf, und wir an der Wand den Spruch prangen sahen 'Das Hauptquartier bombardieren'.

Arbeit des Landesverbandes. Wollten wir uns schulen oder praktische Aufgaben der Zellen in der politischen Arbeit besprechen, kreuzten sie mit Papieren auf, die unbedingt besprochen werden mußten. Besprachen wir sie und stellten Fehler fest, übten sie Selbstkritik, um auf der nächsten Sitzung ein neues Papier vorzulegen (wobei der Umfang ihres intellektuellen Geschwätzes ständig bis zu 20 Seiten wuchs). Der Gipfel ihrer Erkenntnis war schließlich der, daß sie feststellten, die Arbeiterklasse könne kein Klassenbewußtsein entwickeln, nur sie, die Intellektuellen, seien dazu in der Lage. Die Arbeiter vertreten die bürgerliche Ideologie, während sie, die bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft sind, die proletarische vertreten. Was dann betreffs der Partei zur Folge haben müßte: Sie, die Intellektuellen, müssen in jedem Fall die Führung innehaben.

Entschuldigt Genossen, wir haben die Hauptinitiatoren dieses Kreises – trotz ihres Gezeters, das sei administrativ – in den Kandidatenstand zurückversetzt.

Wir haben keine Lust, uns mit Dogmatikern herumzuschlagen, die lediglich einige Zitate von Lenin, Stalin und Mao Tsetung herbeten können, die nicht in der Lage sind, ihr jeweils angelesenes Buchwissen mit den heutigen Verhältnissen des Klassenkampfes in der Bundesrepublik nach der Methode der konkreten Analyse in Verbindung zu bringen. Was heißt hier, die Arbeiter haben kein Klassenbewußtsein ? Das sagen die Revisionisten auch und folgern daraus, man dürfe ihnen nichts von Revolution, Diktatur des Proletariats usw. erzählen, das verstünden sie nicht.

Was bedeutet eine solche Feststellung anderes, als zu behaupten, die Zeit sei im Jahre 1901 stehengeblieben. Es habe keine KPdSU(B) und keine Oktoberrevolution, es habe keine revolutionäre KPD, kein sozialistisches China und Albanien gegeben, die es heute noch gibt. Und das, wo auf dem IGM-Kongreß die Frage Reform oder Revolution aufeinanderknallen. Und das, wo noch vor drei Jahren die franzö-

lismus usw. tagtäglich in die Arbeiterklasse eindringt. Ohne die Verwerfung dieser revisionistischen Illusionen, ohne die Erziehung und Vorbereitung der Massen mit der Idee der gewaltsamen Revolution, welche Lenin als die Basis der gesamten Doktrin von Marx und Engels betrachtete, ist es heute nicht möglich, einen einzigen Schritt nach vorn im Kampf gegen den Imperialismus und für den Sieg des Sozialismus zu tun.

WORIN HABEN DIE AUTOREN DER KRITIK IM ROTEN MORGEN RECHT ?

1. Daß es in der Partei praktisch seit dem massiven Erscheinen von Betriebszeitungen im LV Südwest und später auch nach Gründung des ZBGK einen Trend zum Ökonomismus gab, wovon auch der ROTE MORGEN beeinflußt wurde. Aber wohlgemerkt, einen Trend, eine Tendenz zum Ökonomismus. Es ist bösartig und unsolidarisch, zu behaupten, es habe sich dabei um eine Linie von Konterrevolutionären gehandelt, die diese in die Partei getragen hätten, um sie in den Sumpf des Opportunismus zu führen. Was bilden sich diese Kritiker denn ein ? Weshalb sind wir Arbeiter denn wohl in die KPD/ML eingetreten ? Etwa um hier in Ökonomismus zu machen ? Dann hätten wir ja gleich in die DKP oder die so vielfältig sprießenden neorevisionistischen Zirkel gehen können. Warum haben wir am 1. Mai mit propagandistischen Flugblättern (in denen von der Diktatur des Proletariats die Rede war) zu einer Kampfdemonstration unter einem Meer von roten Fahnen aufgerufen, an der nicht wenige unserer Kollegen teilnahmen. Weil wir Ökonomisten sind ?

Warum kreuzt ihr erst heute mit eurem Artikel auf, zu diesem Zeitpunkt ? Hat doch der ROTE MORGEN bereits vor Monaten in Erkenntnis vorhandener Abweichungen den Artikel 'Über die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf' gebracht, der von Radio Tirana in vollem Wortlaut gesendet wurde. Gut, wir wissen, das interessiert euch nicht. Warum habt ihr nicht damals schon an den ROTEN

nen, wenn ihr euch nicht korrigiert und rechtzeitig Selbstkritik übt.

Wir sind der Meinung, daß man beim Kampf zweier Linien innerhalb der Partei die ihrem Wesen nach unterschiedlichen Arten von Widersprüchen, die zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig unterscheiden und behandeln muß, damit die Partei auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen ihre Einheit verstärkt. Ihr aber geht davon aus, daß es ihrem Wesen nach nur antagonistische Widersprüche in der Partei (Revolution und Konterrevolution) gibt.

Wir sind der Meinung, daß die Widersprüche innerhalb der Partei nach dem Prinzip 'Einheit–Kritik–Einheit' und der Richtlinie 'aus früheren Fehlern lernen, um künftige zu vermeiden' und 'die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten', zu lösen sind. Ihr aber stellt euch von vornherein auf den Standpunkt im innerparteilichen Kampf gelte stets das Prinzip 'Kampf–Kritik–Umgestaltung' und 'für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt'.

Genossen, nichts besseres könnte sich der Klassengegner, könnten sich Reformisten und Revisionisten wünschen: Eine Partei, die, statt den Kampf gegen ihre Feinde, die Feinde des Volkes zu führen, im prinzipienlosen Kampf aller gegen alle sich selbst zerfleischt. Auf diesen Dampfer steigen wir nicht. Ihr werdet es nicht fertigbringen, unsere Partei – denn etwas anderes haben wir nicht, um uns aus unserer elenden Klassenlage zu befreien – zu zerstören.

Und noch ein Punkt, in dem ihr recht habt: Daß der ideologische Kampf gegen Gruppen außerhalb der Partei, die sich marxistisch-leninistisch nennen, vernachlässigt wurde, daß die Gefahr – wie es sich in der Mai-Nummer des ROTEN MORGEN ausdrückte – zur prinzipienlosen Vereinigung bestand. Aber genossen, habt ihr nicht auch den Fehler gemacht, den

verband betrifft, nicht beurteilen. Für uns aber liegen die Ursachen dieser Fehler klar auf der Hand. Sie liegen im Spontaneismus begründet. Man hat die Sache, die Angelegenheiten der Partei, die notwendige bewußte Führung des Kampfes schlittern lassen. Wo die Führung nicht führt, muß sich der Opportunismus breitmachen. Was aber sind die Folgerungen daraus ?

Ihr sagt: Wir müssen einen neuen 'revolutionären Kern' schaffen. Wir sind der Meinung, daß es diesen revolutionären Kern in der Partei sehr wohl gibt. Ohne ihn hätten wir keine Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und ohne ihn hätte der Kampf gegen die rechtsopportunistische Dickhut-Genger-Gruppe nicht geführt werden können, ohne ihn hätte es keine Plattform gegeben, in der die Aufgaben der Partei für die jetzige Phase im wesentlichen korrekt bestimmt waren. Spätestens nach der Plattform aber traten die Fehler auf. Sie wurde nicht zur Grundlage der Arbeit der gesamten Partei.

Aber warum ? Ihr wißt, daß wir die einzige Partei in Westdeutschland sind, die über keine freigestellten Kader verfügt. Das war in der Anfangsphase des Parteiaufbaus gut und richtig, um zu verhindern, daß sich Karrieristen in die Leitung einschleichen konnten.

Dieser Zustand aber hätte sich spätestens nach der Verabschiedung der Plattform ändern müssen.

Inzwischen sind die Einsichten und die Möglichkeiten vorhanden, den entsprechenden Schritt zu tun. Nehmen wir ihn in Angriff. Sorgen wir jetzt dafür, daß für die Genossen, die mit zentralen Aufgaben betraut sind, die Bedingungen vorhanden sind, sie auch auszuführen. Stärken wir unseren revolutionären Kern durch korrekte Kritik und frisches Blut.

H.E., Packer
K.A., Bauarbeiter
H.M., Gärtnerin
A.H., Werftarbeiter
K.F., Zimmermann
S.H., Arbeiterin
P.L., Fräser
H.S., Rohrschlosser
S.H., Betriebsschlosser

HAMBURG

DEN ROTEN MORGEN VON OPPORTUNISTEN REINHALTEN

ERKLÄRUNG DES ZK DER KPD/ML

Der Artikel „Antifaschistischer Kampf und Parteiaufbau" im ROTEN MORGEN Nr. 9/71 verstößt in mehreren Punkten gegen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Am schwerwiegendsten sind die Folgerungen des Artikels in der Frage von taktischen Bündnissen mit der DKP. Hier liegt die erste schwere rechtsopportunistische Abweichung gegenüber dem modernen Revisionismus im ROTEN MORGEN seit Erscheinen vor. Der Artikel muß deshalb (obwohl er durch namentliche Zeichnung indirekt als Diskussionsbeitrag eines Genossen gekennzeichnet wurde) entschieden zurückgewiesen werden.

Die Ursache für die rechtsopportunistischen Folgerungen des Artikels bildet von Anfang an eine idealistische und subjektivistische Einschätzung der Klassenkräfte. Aus der Feststellung Mao Tsetungs „Die Hauptendenz in der heutigen Welt ist Revolution", die sich auf das gesamte imperialistische Weltsystem bezieht, wird mechanisch abgeleitet, daß dem Imperialismus auch in Teilen der Welt keine vorübergehenden taktischen Siege mehr gelingen können. Daraus wird weiter gefolgert, daß es dem westdeutschen Imperialismus in Zukunft nicht mehr gelingen kann, die faschistische Diktatur zu errichten: „Es wird diesmal, im Gegensatz zu 1933, beim Versuch der Errichtung bleiben, Denn DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT IST REVOLUTION. Aber beim Versuch bleibt es nur deshalb, weil die Bourgeoisie letztendlich durch den bewaffneten Kampf der revolutionären Volksmassen daran gehindert wird."

Diese Einschätzung bedeutet eine leichtfertige Unterschät-

So einfach geht das. Das Schema klärt die Genossen nicht im geringsten darüber auf, daß die Revolution äußerst schwierig ist, daß sie im Zickzack verläuft und durchaus andere Wege gehen kann, schließlich, daß der Sieg keineswegs automatisch gesichert ist.

Eine weitere subjektivistische klassenanalytische Einschätzung findet sich bei der Beurteilung von NPD und „Aktion Widerstand". Der Autor übernimmt ohne Untersuchung die Einschätzung der DKP, daß die NPD usw. die Hauptstütze der Faschisierung wäre. Das ist völlig falsch: Wer setzt denn heute faschistische Maßnahmen durch ? Wer verabschiedet Notstandsgesetze, übt Polizeiterror, geht mit Provokationen gegen die KPD/ML vor ? Etwa Thadden ? Entgegen dem Artikel muß festgestellt werden, daß CDU und SPD die hauptsächlichen politischen Träger der Faschisierung sind und wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit bleiben werden. Der Niedergang der NPD erklärt sich keineswegs nur aus dem Widerstand von Teilen der

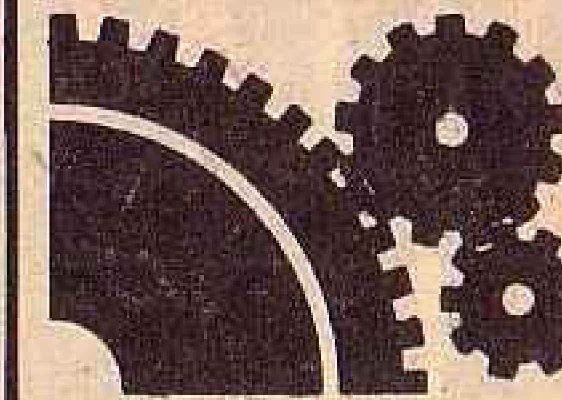
Also: Um nicht-revisionistische Gruppen von den Revisionisten zu trennen, sollen wir auf antirevisionistische Propaganda verzichten ! Und noch mehr: Die Opportunisten sind im „Recht" – d.h., die Partei hat mit ihrem Kampf gegen den Opportunismus offenbar unrecht ! In dürren Worten: Wir hängen uns an die DKP, die an der SPD hängt, und „marschieren" gemeinsam gegen den Popanz NPD, während die SPD-Regierung unser Verbot vorbereitet.

Aber gibt der Autor nicht eine Garantie gegen solchen Opportunismus ?:

„Die Begründung für diesen Beschluß, wie sie im ROTEN MORGEN steht, ist jedenfalls lächerlich, da man als Grund den Opportunismus des KJVD anführt. Wir sind nicht der KJVD !"

Wiederum nichts als Idealismus: „Auch wenn wir wie Opportunisten handeln, sind wir keine. Begründung: Wir sind wir !"

Nun aber weiter: Kann man ohne Angriffe auf die DKP den Faschismus wirklich bekämpfen? Würde man mit einer Partei, die das Franco-Regime rechtfertigt, gegen den Faschismus kämpfen ? Und die DKP rechtfertigt offen das sozialfaschistische Regime in der Sowjetunion (militärische Provokationen gegen die Volksrepublik China bis zur Drohung mit Atomwaffen), in Polen (Niederschlagung proletarischer Aufstände in Danzig und anderen Städten) usw. Oder nehmen wir die revisionistische Partei Spaniens: Sie führt den „Kampf" gegen den Faschismus durch Unterstützung eines angeblich „fortschrittlichen Flügels" der Faschisten. Sie rief zur Beteiligung an den „Wahlen" der faschistischen Arbeitsfront auf, um „fortschrittliche" Faschisten zu „wählen", obwohl die spanischen Arbeiter die




Arbeiterkorrespondenz

SIEMENS H.G.W. BERLIN GARTENSTADT

Arbeitsvertrag: Die westdeutschen Arbeiter unterschreiben ihre Verträge bereits in Westdeutschland, ohne vorher ihren Arbeitsplatz gesehen zu haben. Bei mir war es so: Ich schrieb an Siemens auf Grund einer Anzeige in „Bild am Sonntag", in der den westdeutschen Arbeitern viel versprochen wurde und noch immer versprochen wird, z.B. 30% weniger Lohnsteuer, hoher Verdienst (!), gutes Arbeitsklima, gute Unterkunft.

Nach etwa acht Tagen bekam ich einen Brief und einen Vertrag, in dem ich mich verpflichten mußte, mindestens ein Jahr bei Siemens zu bleiben und wegen der gestellten Wohnung mich ein Jahr lang mit 4,60 DM Stundenlohn zu begnügen. Eingestellt wurde ich als Stapelfahrer, doch als ich in Berlin ankam, war auf einmal kein Stapler frei, und so wurde ich, ohne gefragt zu werden, als Verlader eingestellt. Nach etwa 14 Tagen ging ich zum Betriebsrat. Der sagte mir, daß er überhaupt nichts machen könnte, ich sollte zum Chef gehen. Ich ging zum Chef. Der sagte mir: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie ja gehen." Nun wäre ich gerne gegangen, Arbeit war genug da. Aber die Wohnung von Siemens hätte ich innerhalb von drei Tagen verlassen müssen. In einem Zimmer wohnten drei Personen, und jeder mußte 130 DM Miete zahlen. So bin ich ein Jahr geblieben.

Arbeitsklima: Da ich zu dieser Zeit Anarchist war, hatte ich mich um Politik nicht gekümmert. Jedoch weiß ich, daß fast alle Kollegen meiner Abteilung (ungefähr 35 Personen) regelmäßig Flugblätter lasen und auch darüber diskutierten und sie gut fanden. Einige z.B. sagten, „Wenn die das durchbringen, wäre das klasse." Andere sagten: „Das ist alles Unsinn." usw.

Versammlung: In der Zeit, wo ich bei Siemens war, sind zwei Betriebsversammlungen abgehalten worden. Die Verlader-Abteilung durfte nicht hingehen. Grund: „Die Waschmaschinen müssen verladen werden. Und was da geredet wird, ist nur dummes Zeug." Das hat mein Abteilumgsleiter selbst gesagt (Hans Konietz). Als wir trotzdem gehen wolltem, sagte er uns: „Ihr bekommt eine Stunde mehr bezahlt," obwohl wir genau wußten, daß die Betriebsversammlung zwei Stunden gedauert hat.

Man konnte sich überhaupt nicht beschweren, und wenn man es tat, dann wurde einem erwidert: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen."

Diesen Bericht kann ich voll verantworten und bin jederzeit bereit, dazu Stellung zu nehmen. H.M.

zung des Gegners, die sowohl zu „links"- als auch zur rechtsopportunistischen Konsequenzen führen kann.

Weiter zeigt sich das idealistische Herangehen des Autors in einer mechanistischen, automatischen Verbindung vom Faschismus mit der proletarischen Revolution:

„Da der Versuch der Errichtung des offenen Faschismus, durch welche Partei auch immer, das letztendlich einzige Mittel der Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus ist, um die Herrschaft über das Proletariat aufrechterhalten zu können, arbeitet die Bourgeoisie von vornherein auf dieses Ziel hin. Der Grund dafür liegt in der rasanten Verschärfung des Widerspruches zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Zeitalter des Imperialismus, der sehr rasch die letzten Fetzen des ‚demokratischen Schleiers' davonfliegen läßt.

Deshalb steht der Kampf gegen den Faschismus von vornherein auf der Tagesordnung der Partei des Proletariats. Und der Sieg über den Faschismus stellt dann die Errichtung der Diktatur des Proletariats dar, zumindest mündet er unmittelbar in sie ein."

Zusammen mit der falschen Auslegung von „Haupttendenz Revolution" ergibt sich daraus ein einziges, im voraus klares Schema der Revolution in Westdeutschland: die Bourgeoisie faschisiert ihren Staat, das Proletariat verschärft den antifaschistischen Kampf in dem Augenblick, in dem die Bourgeoisie versucht, den Faschismus zu errichten, findet die proletarische Revolution siegreich statt: „Die anderen antifaschistisch und demokratisch gesonnenen Teile des Volkes werden in diesem Moment am bewaffneten Kampf teilnehmen, ohne Rücksicht auf Partei- oder Religionszugehörigkeit.".

Bevölkerung, sondern daran, daß das Finanzkapital die NPD als für ihre Zwecke untauglich betrachtet und deshalb finanziell nicht mehr unterstützt.

Die subjektivistische Analyse führt bei der Anwendung auf die Frage des Bündnisses mit der DKP zu den schwersten rechtsopportunistischen Fehlern im ROTEN MORGEN seit seinem ersten Erscheinen im Jahre 1967. Zunächst gelingt es dem Autor wegen seiner idealistischen Einschätzung nicht, die wahre Funktion des „antifaschistischen Kampfes" für die DKP zu durchschauen. Für die DKP ist dieser „Kampf" nur Alibi, nur bewußt falsche Bestimmung des Hauptfundus („Rechtskartell"), um ihr Bündnis mit der SPD zu rechtfertigen. Genau aus diesem Grunde verhindert die DKP in solchen Bündnissen jeden Angriff auf die SPD-Führung.

fb fordert, wir müßten in solche Bündnisse eintreten, und zwar unter Aufgabe antirevisionistischer Propaganda:

„Allein diese Tatsache stellt bereits einen Grund dar, in ein Bündnis mit der DKP einzutreten. Denn dann können wir sowohl vor den anderen Gruppen unsere Linie im antifaschistischen Kampf propagieren und durchsetzen, als auch den Opportunismus der DKP entlarven.

Diese Möglichkeit würden wir uns restlos verbauen, wenn wir mit der Forderung, antirevisionistische Losungen propagieren zu dürfen, der DKP einen Anlaß böten, entweder das Bündnis unter Protest zu verlassen oder uns zu isolieren. Letzteres ist sehr wahrscheinlich, weil es den anderen Gruppen im konkreten Fall (nehmen wir den Gründungskongreß der ‚Aktion Wiederstand' z.B.) um den Kampf gegen den Faschismus geht und nicht um den Kampf gegen den Revisionismus. Und mit Recht."

Arbeitsfront völlig verachten und sich zu illegalen gewerkschaftlichen Organisationen, wie Commisiones Obreras und OSO, vereinigt haben ! Daß die DKP sich im Ernstfall keinen Deut besser verhalten wird, zeigt sich bereits jetzt in klaren Tendenzen: So unterstützten die Vertreter der DKP in der Ortsverwaltung Duisburg der IG Metall den Verbotsantrag gegen die „Maoisten", also ein entscheidender Schritt zur Faschisierung ! Also: Die in dem Artikel propagierte Bündnispolitik sabotiert den wirklichen antifaschistischen Kampf und diskreditiert also die Partei vor den fortschrittlichen Arbeitern.

Schließlich und endlich: Die vorgeschlagene Taktik zeugt von einem unbegreiflichen Mißtrauen in die Massen und besonders die fortschrittlichen Arbeiter. Offenbar meint der Autor, daß sie unsere antirevisionistische Propaganda „nicht verstehen" werden !! Er meint also, daß wir keine überzeugenden Argumente gegen den Sozialfaschismus besitzen ! Und auf dieser Basis möchte er sie gewinnen. Wen anders als Opportunisten wird er aber auf diese Weise gewinnen ?

Also: fb möchte die Partei dadurch stärken, daß er sie an den modernen Revisionismus und sogar indirekt an die SPD kettet, und daß er „Gruppen" gewinnt auf der Basis des Verzichts auf antirevisionistische Argumente ! Jedes weitere Wort erübrigt sich: Der Artikel hat der Partei, auch als Diskussionsbeitrag und als „Kritik" gekennzeichnet, sehr geschadet. Es war ein Fehler, ihn überhaupt zu veröffentlichen.

★

★

AUSBEUTUNG IM EINZELHANDEL

Ich bin als Arbeiter bei der Firma Wertheim, Berlin, tätig. Vor der Eröffnung des Hauses am Kudamm mußten die Arbeiter und Angestellten viele Überstunden machen. Die Überstunden kann man bezahlt bekommen oder muß sie abfeiern. Bei manchen Firmen werden Überstunden grundsätzlich nur abgefeiert, das heißt, daß man den Überstundenzuschlag nicht bekommt. Man muß sie sofort aufschreiben und ins Lohnbüro geben, sonst kann es passieren, wie es bei einigen Mitarbeitern in Wertheim geschah, daß sie die Stunden nicht bezahlt bekamen. Wenn Stunden sich ansammeln, die man abfeiern will, so kommt es vor, daß man sie nicht auf einmal nehmen darf. Es zieht sich dann in Etappen hin, bis man sie quitt hat. In der Praxis sieht das so aus, daß durch den entstandenen längeren Zeitraum die Kollegen ihre restlichen noch zu bekommenden Stunden vergessen haben, weil sie nicht die Möglichkeit haben, sie alle auf einmal zu nehmen. Oder aber sie nehmen ihre Überstunden nicht wahr, damit ihr Vorgesetzter ihnen gegenüber wohlgesonnen ist. Daraus ist also ersichtlich, welche zusätzlichen Profite der Unternehmer aus Überstunden herausholt. Mir persönlich passierte es, als ich im Verkauf war, wie ein junger Kollege zu mir sagte, der Abteilungsleiter wäre in Ordnung, bloß sähe er es nicht gern, wenn jemand Überstunden abfeiere.

In großen Handelsbetrieben besteht die 5-Tage-Woche. Man hat einmal in der Woche einen freien Tag. Die freien Tage werden rückwärts gezählt (‚rolliert'). Nun kommt es vor, daß der fällige freie Tag auf einen langen Samstag kommt. Das Das bedeutet, daß jener Samstag zum Freinehmen kategorisch gesperrt wird. Dadurch wird eine Woche 6 Tage durchgearbeitet und man bekommt erst in der darauffolgenden Woche wieder frei. Ebenso wird verfahren, wenn der freie Tag auf einen gesetzlichen Feiertag fällt. Dann hat man auch wieder Pech gehabt. Wenn innerhalb einer Arbeitswoche ein gesetzlicher Feiertag liegt, dann arbeiten andere Berufstätige 4 Tage in der Woche. Derjenige, der das oben genannte Pech hat, arbeitet einen halben Tag mehr. So sieht die 5-Tage-Woche im Einzelhandel aus. **K.L.**

★


J.W.STALIN
WERKE IN 13 BÄNDEN
Gesamtpreis 100,00 DM
VERLAG ROTER MORGEN
Hamburg 1971

ZENTRALER
LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn, 2 Hamburg 19,
Postfach 7654, Postscheckkonto
Hamburg 3217 30




ROTE FAHNE BOCHUM

ODER DER REVISIONISTISCHE WURM

Wenn man sich heute mit Sympathisanten und Mitgliedern der Gruppe „Rote Fahne" Bochum unterhält und sie fragt, wieso es denn zwei KPD/ML's gäbe, was der Unterschied zwischen ihrer Gruppe und der KPD/ML, deren Zentralorgan der „Rote Morgen" ist, sei, erhält man so ungefähr die Antwort: Ach die, das sind Ezristen, die schwarze Linie, das sind die, die sich ins stille Kämmerlein zurückziehen und Theorie machen wollen. Und die Genossen des Zentralbüros verkünden stolz: Damals, 1968, als wir die Partei gründeten.... Dabei war keiner von ihnen dabei. Nun gut, werden sie sagen, darauf kommt es auch gar nicht an, Hauptsache, wir haben die richtige Linie. Sicherlich haben sie eine Linie, nur ob es die richtige ist ? Wie es jedoch zur Abspaltung ihrer Gruppe von der KPD/ML kam, das versuchen sie ihren Mitgliedern zu verschweigen.

Wie alle Spalter versuchen sie, die Notwendigkeit der Spaltung ideologisch zu begründen. Heute, nach anderthalb Jahren, liest sich das so („Rote Fahne", 30.8.71):

„Die Auseinandersetzung entzündete sich an folgenden vier Fragen:

◈ Steht die Unterstützung der

Doch zuerst einmal zu den Gründen, die wirklich zur Spaltung führten und die heute die Gruppe „Rote Fahne" ihren Mitgliedern zu verschweigen sucht. Es handelt sich dabei um tatsächlich grundlegende Fragen. So stellten sie beispielsweise die These auf, daß die Partei von „unten nach oben" aufzubauen

des Planes oder der Richtlinie zum Hauptsächlichen, Entscheidenden."

Diese Gedanken Mao Tsetungs wurden von der Gruppe „Rote Fahne" Bochum bzw. ihrem Jugendverband, dem KJVD, in „schöpferischer Weise weiterentwickelt" und auf „eine völlig neue Stufe

Tagesinteressen zurück."

Niemals und zu keinem Zeitpunkt hat die Partei behauptet, daß man die Praxis liquidieren, sich ins stille Kämmerlein zurückziehen und die „Theorie" ausarbeiten solle. Wenn es solche Erscheinungen des Liquidatorentums gab – und es gab sie – wurden sie ent-

sengegner preiszugeben. In dieser Broschüre (auf die wir noch gesondert eingehen werden), die sich mit dem zur Diskussion gestellten Artikel „Zwei Wege des westdeutschen Imperialismus" beschäftigt (ROTER MORGEN 11/70), wird der Versuch der Spaltung unserer Partei unternommen. Um den „Nachweis"

Kämpfe der Arbeiterklasse im Vordergrund der Arbeit der Partei - oder muß die Partei vor allem theoretisch an ihrem Programm arbeiten, solange sie sich im Aufbau befindet ?

◈ Trägt die Partei den Sozialismus in die Arbeiterklasse – oder tun das die Intellektuellen ?

◈ Muß der Kommunistische Jugendverband politisch von der Partei angeleitet werden, aber organisatorisch selbständig sein – oder muß der Jugendverband in der Zeit des Aufbaus von der Partei gegängelt werden ?

◈ Muß die Partei neben ihrem politischen Kampf auch in den von rechten Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften arbeiten und ist das der wichtigste Teil ihrer gewerkschaftlichen Arbeit – oder soll sie auf die Spaltung der bestehenden Gewerkschaften hinarbeiten und versuchen, die Bedingungen für neue Gewerkschaften zu schaffen ?"

Das liest sich gut, nur stimmt es nicht. Zum Beispiel Punkt 2. Niemand in unserer Partei ist der Meinung, daß die Intellektuellen den Sozialismus in die Arbeiterklasse tragen, sondern das tut die Partei. Sie mußten schon einen Satz in der Januar-Ausgabe 1971 des ROTEN MORGEN sinnentstellend verdrehen, um zu diesem Unsinn zu kommen. Genauso ist es mit der Behauptung, wir seien der Meinung, die Jugendorganisation der Partei, die ROTE GARDE, müsse am „Gängelband" geführt werden. Wir sind doch keine Kinder-Bewahranstalt. Sie sollen uns nachweisen, wo solch ein Schwachsinn steht. Zu Punkt 4 können sie unsere Antwort in dem Artikel „Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage" nachlesen. Die Frage bleibt, ob solche fiktiven, erfundenen Gründe Anlaß genug waren, eine Spaltung herbeizuführen, statt – wie wir damals vorschlugen – sie auszudiskutieren. Sie sollen doch ehrlich sein, sie wollten die Spaltung. Und deshalb fraktionierten sie Was allerdings den Punkt 1 betrifft, ist das schon eine andere Sache.

sei. Sie lehnten es ab, bei der Entwicklung der Partei verschiedene Phasen zu unterscheiden. Sie warfen dem ROTEN MORGEN Trotzkismus vor, weil er meinte: Das Proletariat muß die anderen Klassen und Schichten führen, d.h. die anderen Klassen und Schichten müssen sich ihm unterordnen. Sie propagieren die Entfaltung einer „massiven Praxis" und behaupteten, immer und unter allen Umständen sei im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis die Praxis die Hauptseite und unterstellten, wer der Meinung ist, daß die Theorie die hauptsächliche Seite zwischen Theorie und Praxis sein könnte, wolle „die Praxis liquidieren".

Nun ist das Theorie-Praxis-Verhältnis für die jungen marxistisch-leninistischen Parteien allerdings eine wichtige Frage, an die man nicht leichtfertig herangehen kann. Was an „Theorie", was an konkreter Analyse einer konkreten Situation seitens der modernen Revisionisten vorliegt, ist nicht brauchbar. Oder wollen sie uns empfehlen, die 48 Thesen der DKP zu übernehmen ? Wohl nicht. Auch das, was die modernen Revisionisten in früheren Jahren schrieben, ist nur mit äußerster Vorsicht zu genießen. Darin scheint die Gruppe „Rote Fahne" allerdings anderer Meinung zu sein. Kurz: Wir standen und stehen auch heute noch vor einer Situation, die der Genosse Mao Tsetung in seiner Schrift „Über den Widerspruch" (Band I, Seite 394) folgendermaßen beschrieb:

„Wenn Lenins Worte 'Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben' unmittelbare Aktualität erlangen, dann spielt die Schaffung und Verbreitung der revolutionären Theorie die hauptsächliche, die entscheidende Rolle. Wenn irgendeine Aufgabe zu lösen ist (gleichgültig welche), diesbezüglich aber noch kein politischer Kurs, keine Methode, kein Plan, keine Richtlinie vorhanden ist, dann wird die Ausarbeitung des entsprechenden politischen Kurses, der Methode,

gehoben". Bei ihnen werden die Bedingungen, unter denen die Theorie Hauptseite werden könnte, folgendermaßen bestimmt („Bolschewik" Nr. 1, mit dem sie die Spaltung ideologisch rechtfertigen wollten):

1. „....die andere Seite des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis (die Praxis) muß zunächst entfaltet werden, damit die Theorie zur hauptsächlichen Seite wird."
2. „Die Theorie wird erst dann zur hauptsächlichen Seite des Widerspruchs, wenn die Fragen, die aus der Praxis gestellt werden, derart überhand nehmen, daß eine weitere Arbeit unmöglich wird."
3. „Wenn zum Beispiel sich im Ruhrgebiet eine neue Partei gründen würde, und ihre Agitation und Propaganda würde sich derart entfalten, daß der Bestand unserer Gruppen nicht mehr gesichert wäre, da die Mitglieder der anderen Partei unseren Mitgliedern ideologisch überlegen wären, dann würde die Theorie zur hauptsächlichen Seite des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis werden, denn eine weitere Ausdehnung der Praxis ist nur dann möglich, wenn die ideologische Auseinandersetzung mit dieser Partei intensiv geführt wird."

Diese „genialen" Ausführungen lassen allerdings einen grundsätzlichen Widerspruch zu unserer „profanen" Linie erkennen.

Der ROTE MORGEN antwortete damals auf diese Frage: Was ist hauptsächliche Seite zwischen Theorie und Praxis in der jetzigen Situation ?

„Wer verneint, daß deshalb zur Zeit die Theorie die hauptsächliche Seite des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis ist, ist Opportunist. Er stellt die Augenblickserfolge – die auch ohne Programm, ohne Klassenanalyse möglich sind – den dauernden Erfolgen im Kampf für die Diktatur des Proletariats voran. Er stellt die prinzipiellen Interessen des Proletariats hinter seine

schieden bekämpft. Eine proletarische Partei greift vom Tag ihrer Gründung an, und zwar in der ersten Phase ihre Aufbaus vorrangig propagandistisch, in die Massenkämpfe des Proletariats ein, mit dem Ziel: Die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, was nach Stalin heißt: Kader bilden, eine Kommunistische Partei schaffen, Programm und Grundlagen der Taktik ausarbeiten. Und natürlich können die Klassenanalyse, das Programm, eine richtige politische Linie nur in enger Verbindung mit der Praxis des Klassenkampfes der breiten Massen ausgearbeitet, entwickelt, überprüft werden. Was nicht heißt, daß die im Aufbau befindliche Partei die Klassenkämpfe schon führen muß. Wie eben sollte sie das ohne eine auf der Grundlage des Programms entwickelte korrekte Strategie und Taktik ?

Das alles wurde von der Gruppe „Rote Fahne" nicht beachtet. Wild stürzte sie sich in das, was sie Praxis nannte und war baß erstaunt, daß die Arbeiter ihren ständigen Aufrufen zum Streik nicht folgten. Allmählich kamen sie dahinter, daß in dieser „Praxis" der Wurm stecken mußte. Stillschweigend korrigierte man einige Positionen, die man zuvor noch als Grund für die Spaltung ausgegeben hatte. Hatte sich damit aber eine ideologische Annäherung ergeben, wie einige Genossen unserer Partei behaupteten, als sie in der 1.Mai-Nummer des ROTEN MORGEN schrieben, daß es praktisch zwischen ihnen und uns kaum noch Unterschiede gäbe ? Mitnichten ! Wer so etwas behauptet, hat vergessen, daß es grundsätzliche ideologische und politische Widersprüche zwischen ihnen und uns gibt, der hat vergessen, daß es erklärtes Ziel der Gruppe „Rote Fahne" ist, unsere Partei zu zersetzen und zu zerschlagen, was eindeutig in der Broschüre „Zwei Wege in den Sumpf des Opportunismus" zum Ausdruck kommt. Wobei sie sich nicht scheuen, Namen von Genossen unserer Partei dem Klas-

zu erbringen, daß die Partei sämtliche Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus über Bord geworfen habe, scheut man nicht vor einer Verfälschung von Klassiker-Zitaten und billigster Wortklauberei zurück. Im prinzipienlosen Bemühen, sich um jeden Preis vom ROTEN MORGEN „abzugrenzen", und zwar so, daß dabei ein Antagonismus entsteht, grenzen sie sich selbst von mehreren Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus ab.

Wir wissen selbst, daß der „Zwei-Wege-Artikel" Fehler enthalt (idealistisches Herangehen, mißverständliche, teils falsche Formulierungen). Aber das ist nicht das Wesen der Sache. Das Wesen der Sache ist, daß hier das erste Mal von westdeutschen Marxisten-Leninisten der Versuch gemacht wurde auf der Grundlage einer breit entfalteten Diskussion zu einer korrekten Einschätzung der Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus zu kommen. Wohl nicht umsonst hat ihn die Partei der Arbeit Albaniens in ihrem theoretischen Organ Pruga e Partise Nr. 5/71 bis auf den Schlußteil „Unsere Taktik" nachgedruckt. Die Diskussion um den „Zwei-Wege-Artikel" ist in der Partei noch nicht abgeschlossen. Sie wird, weitergeführt, sicher zu brauchbaren Ergebnissen führen. Ein Fehler war es, daß dieser Artikel, bevor er ausdiskutiert war, schon in einigen Veröffentlichungen der Partei als Linie seinen Ausdruck fand.

Nachdem die Gruppe „Rote Fahne" Bochum mit der Methode „sich wild in die Praxis stürzen" Schiffbruch erlitten hatte, stürzte sie sich genauso „wild in die Theorie" oder besser, in das, was sie darunter versteht. Doch wieder hatte sie Pech. Wie schon in ihrer „wilden Praxis" war auch in ihrer „wilden Theorie" der Wurm drin. Nur daß er diesmal einen Namen hatte: Walter. Das, was die Gruppe „Rote Fahne" unter Theorie versteht, ist nicht die konkrete Analyse einer konkreten Situation, sondern das

Fortsetzung nächste Seite

ROTE FAHNE BOCHUM
ODER DER REVISIONISTISHE WURM

Fortsetzung von Seite 5

unkritische Abschreiben der „Theorie" der modernen Revisionisten. Dabei hat sie einen neuen, den 6. Klassiker des Marxismus-Leninismus entdeckt: Walter Ulbricht. Kein „Bolschewik", keine Broschüre, in der nicht zigmal dieser Renegat, dieser Verräter der deutschen Arbeiterklasse zitiert wird. Damit hatte schon W.D. in seinem „Revolutionären Weg" Nr. 2 begonnen. Warum haben sie ihn eigentlich ausgeschlossen, wenn sie jetzt bereit sind, seine neorevisionistischen Theorien zu übernehmen ?

Für sie stellt sich das Problem so dar: Walter Ulbricht hat während des XX. Parteitages der KPdSU schlecht geschlafen und wurde von da an ab Revisionist. Anstatt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kritisch vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus zu untersuchen, schreiben sie sie aus den Lehrbüchern der Revisionisten ab. Das führt dazu, daß sie zum Beispiel die korrekte These von der Notwendigkeit des Sturzes des Adenauer-Regimes im „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" der KPD von 1952 als linkssektiererisch bezeichnen. Der logische Schluß: Die Partei des Proletariats darf nicht mehr den revolutionären Sturz der herrschenden Klasse propagieren, da das die Massen noch nicht verstehen können. Fürwahr, ihr Weg in den Sumpf des Revisionismus ist offensichtlich.

Solche Beispiele der Übernahme revisionistischer Theorien des Renegaten Ulbricht lassen sich beliebig vermehren. In diesem Licht muß man auch die Herausgabe von Schriften Ulbrichts durch die Gruppe „Rote Fahne" Bochum sehen, die einzig und allein den Zweck verfolgt, den revisionistischen Plunder in die Arbeiterbewegung zu tragen.

Hier wird offensichtlich, was

im Westen besser gefüllt waren. So kam es zu einer massenweisen Auswanderung der DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Sicher war die Lage für die DDR im August 1961 kritisch. Noch einige Monate so weiter, und die Ulbricht-Clique mit ihrem Anhang wäre unter sich geblieben. Nicht der angeblich geplante Überfall auf die DDR, wie es die „Rote Fahne" heute darzustellen versucht, war der Grund für den Bau der Mauer. Das hatten die westdeutschen Imperialisten gar nicht nötig, die DDR wäre ihnen einige Monate später wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen. Der Grund für den Bau der Mauer war die Massenflucht von Arbeitern und Bauern aus ihrem „Arbeiter- und Bauernstaat". Wenn schon überhaupt eine Mauer, so hätte man sie 1949 oder 1953, als die Imperialisten tatsächlich ihre Agenten und Saboteure über West-Berlin in die DDR einschleuste, bauen müssen, um sie bei einer korrekten marxistisch-leninistischen Politik in der DDR 1961 wieder niederzureißen. Aber so war der 13. August 1961 wahrlich kein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Genossen der „Roten Fahne" Bochum sollten auf ihrer nächsten ZB-Sitzung wirklich einmal darüber nachdenken, wer ihnen die ulbrichtsche Made in den Speck setzte und warum. Wenn sie sich auf uns nicht meinen, verlassen zu können, so sollten sie einmal bei den chinesischen und albanischen Genossen anfragen, wie diese Walter Ulbricht einschätzen, auch den vor 1956: Und was ihre Bündnisangebote an die DKP-Führung betrifft, so sollten sie noch einmal die „Gemeinsame Erklärung Chinas und Albaniens" in „Den Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus bis zu Ende führen", Seite 25, lesen, wo es für die heutige Phase heißt:

„Es ist notwendig, den Marxi-

WAS HABEN DIE GRUNDEINHEITEN DER PARTEI MIT DEM ROTEN MORGEN ZU TUN ?

Bis jetzt haben die Grundeinheiten der Partei den ROTEN MORGEN am Ort in mehr oder weniger großem Umfang verkauft. Er wurde recht und schlecht in Zellen und Massenorganisationen studiert und geschult. Darauf haben sich die Grundeinheiten weitgehend beschränkt. Erst in den letzten 4 bis 5 Monaten sind Kritiken gekommen. Berichte über politische Vorkommnisse am Ort hat es so gut wie gar nicht gegeben. Dafür aber umso mehr Berichte aus Betrieben. Es ist natürlich richtig, Fabrikenthüllungen an den ROTEN MORGEN zu geben, falsch ist es aber, es dabei zu belassen.

Berichte über das, was am Ort vor sich geht, Enthüllungen über schreiende Mißstände im sozialen Bereich, Wohnungsnot, Schulmisere, schlechte Krankenhäuser u.ä., Enthüllungen über Behörden- und Polizeiwillkür, Korruption in der Verwaltung, Schiebungen im sozialen Wohnungsbau, Despotismus von Bürgermeistern und Kapitalistenallüren u.ä., Enthüllungen über Widerstandsaktionen der Bevölkerung, über Bürgerentscheide usw. usf., solche Berichte findet man im ROTEN MORGEN fast gar nicht, dafür aber im Spiegel, der Bildzeitung und anderen bürgerlichen Blättern.

Das ist wirklich eine Schande. Da sitzen nun marxistisch-leninistische Kader in einer Stadt, um sie herum geschehen die tollsten Skandale, die Lokal-Blätter stehen voll davon, aber unsere Kader scheren sich selten darum. Sie stecken auch bis beide Ohren in der Organisierung von Betriebsenthüllungen, in Kommentaren zu

In **Bochum** wurden auf einer Müllkippe 150 Fässer mit tödlichem Gift gefunden. Es besteht große Gefahr, daß das Trinkwasser vergiftet wird. Im Spiegel muß man das lesen, und noch dazu, daß die DKP uns hier etwas vormacht ! Obwohl in Bochum eine aktive Ortsgruppe besteht.

In **München** spielen sich innerhalb der SPD heftige Auseinandersetzungen zwischen Vogel und den Jungsozialisten ab, die für die Partei sehr wichtig sind. Denn sollen wir etwa der DKP dieses Feld überlassen ? Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Münchener Genossen einige Juso's persönlich kennen. Ein guter, lebensnaher Bericht könnte durch ein paar Gespräche herauskommen. Im Spiegel konnte man's lesen, im ROTEN MORGEN nichts.

In **Hannover** hat sich die Stadtverwaltung einen Akt höchster Liebesdienerei den IBM-Kapitalisten gegenüber geleistet. Dadurch, daß IBM vom Ansiedlungsvertrag zurücktrat, ist für die Stadt ein Verlust von zig Millionen entstanden. Von diesem schreienden Skandal, der überall die Gemüter erhitzt hat, der einen sehr guten Boden für unsere Agitation und Propaganda abgibt, hört man von unserer Ortsgruppe Hannover kein Wort.

In **Worms** war vor ein paar Monaten der „rote Jochen", der Renommiersozialist und Demagoge Steffen, zu Gast und hat sich im Verlauf einer Diskussion vollständig als Sozialchauvinist und Opportunist entlarvt. Zudem hat er eine äußerst interessante Bemerkung über Aktionseinheit mit der DKP gemacht: „Ich kann mir durchaus

tung zur wirklichen Unterstützung des ROTEN MORGEN erhalten.

Die ganze Partei muß sich endlich an die Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen machen, denn sonst wird das politische Bewußtsein der Arbeiter und der anderen unterdrückten Volksmassen niemals entwickeln können. Die Ortsgruppen müssen die Imperialistischen Unterdrücker, die korrupten Schmarotzer in der Verwaltung, die gekaufte Presse, die verlogenen „Volks-" und „Arbeitervertreter", kurz das gesamte imperialistische Unterdrückungssystem wie es sich an ihrem Ort und Landkreis offenbart auf frischer Tat ertappen, diese Schandtaten enthüllen und für ihre Agitation und Propaganda ausnutzen.

Bei Enthüllungen, die eine besonders erregende Wirkung auf die Massen haben, müssen unbedingt Aktionen, wie Protestversammlungen und Demonstrationen durchgeführt werden, müssen die Massen zu politischen Aktionen mobilisiert werden.

Nicht jede Enthüllung ist geeignet, so eindringlich auf die Massen zu wirken, daß sie zu Aktionen bereit sind. In diesem Fall wird man sich auf die Agitation und Propaganda beschränken. Denn sonst führt das zu einem blinden Aktionismus, der die Kräfte der Partei verzettelt und den Parteiaufbau behindert.

Wir müssen eben das Ohr an den Massen haben, feststellen, wo wir sie zu politischen Kämpfen mobilisieren können. Dabei darf man sich auf keinen Fall auf die Mobilisierung für bestimmte, greifbare Ereignisse beschränken. Sondern vor allem zu erreichen suchen, daß

Hier wird offensichtlich, was sich auch in ihrer praktischen Arbeit, in ihren ständigen Bündnisangeboten an die DKP-Führung ausdrückt. Wie die DKP selbst bereit ist, durch Bündnisangebote an die SPD dieser mit Vehemenz in den Hintern zu kriechen und nörglerisch motzt, wenn diese darauf nicht eingeht, so tut die Gruppe „Rote Fahne" das mit der DKP. Und dann beschweren sich diese Witzbolde auch noch, wenn die Massen sie nicht verstehen. (S.37, „Grundlagen und Taktik der Gewerkschaftsarbeit")

Wie offensichtlich ihre Rolle als Handlanger der modernen Revisionisten zur Spaltung der marxistisch-leninistischen Partei und Bewegung bereits ist, beweist ihr 13.-August-Artikel in Nr. 17 der „Roten Fahne". Dieser Artikel könnte wortwörtlich aus dem „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, abgeschrieben sein. In diesem Artikel wird die „Mauer" durch Berlin zum antifaschistischen Schutzwall emporgejubelt. Jeder marxistisch-leninistische Arbeiter in der DDR würde ihnen diesen Artikel um die Ohren schlagen, weil er besser als die Epigonen* der Ulbricht-Clique weiß, warum die Mauer entstand. Sie entstand durch eben diese Politik der Ulbricht-Regierung, die, anstatt den Klassenkampf in der DDR fortzusetzen, sich der ökonomistischen Linie des materiellen Anreizes der Sowjetrevisionisten anpaßte, die, statt die ideologische Revolutionierung der Massen voranzutreiben und die Diktatur des Proletariats zu festigen, es zuließ, daß eine neue Bourgeoisie aus Partei- und Staatsfunktionären, Managern und Technokraten entstand. Diese Politik bot natürlich einen ausgezeichneten Boden für die Propaganda der westdeutsche Bourgeoisie. Welchen Grund sollten die Arbeiter der DDR, denen man sagte, daß der Gulasch im Topf der Kommunismus sei, noch haben, ihre Heimat nicht zu verlassen, wo doch die Gulaschtöpfe

*Epigonen — einfaltslose Nachfolger, Nachahmer

„Es ist notwendig, die Marxisten-Leninisten aller Länder weiterhin bei ihrem Kampf gegen den modernen Revisionismus volle Unterstützung zu gewähren und dessen Ruf nach 'Einstellung aller fraktionallen Tätigkeit' niemals zu akzeptieren; es ist notwendig, politisch, ideologisch und organisatorisch zwischen uns und jenen eine klare Demarkationslinie ziehen und niemals zur Aktionseinheit mit ihnen schreiten."

Wir schrieben im ROTEN MORGEN 3/71:

„Die KPD/ML ist der Meinung, daß viele, ja die meisten Widersprüche der Marxisten-Leninisten untereinander Widersprüche im Volk und nicht zwischen uns und dem Gegner sind. Zu antagonistischen Widersprüchen werden sie erst da, wo die Gruppen den Revisionisten zu folgen beginnen."

Das aber ist hier eindeutig der Fall. Alle Mitglieder der Gruppe „Rote Fahne" Bochum und des KJVD sollten umgehend den Kampf gegen diese neorevisionistische Linie aufnehmen und die organisatorischen Konsequenzen ziehen, sonst werden sie unweigerlich im Sumpf des Revisionismus landen.

NGA LITERATURA E PARTIVE MARKSISTE-LENINISTE

Dy rrugë të imperializmit gjermanoperëndimor

[illegible]

Faksimile der Pruga e Partise Nr. 5/71 mit dem 'Zwei-Wege-Artikel'

enthüllungen, in Kommentaren zu Lohnfragen, machen Kampagnen gegen Milchpreiserhöhungen in Werkskantinen, kurz: Sie sind aufs eifrigste damit beschäftigt, den politischen Horizont der Arbeiter einzuengen, das Interesse der Arbeiterklasse nur auf sich selbst und ihre wirtschaftlichen Interessen zu lenken. Das aber ist Ökonomismus.

Das Zentralorgan wird demnach auch fast ausschließlich mit Berichten aus Betrieben und mit Berichten über eigene Aktivitäten der Ortsgruppe mit Selbstdarstellungen der Partei versorgt. Berichte über Polizeiterror beschränken sich auf Fälle, wo die Ortsgruppe selber mit ihr in Berührung gerät. Damit schafft man kein politisches Bewußtsein bei den Arbeitern. Wenn wir nicht selber eine politische Kraft werden, dann wird die Masse der Arbeiter mit Achselzucken über Polizeiaktionen gegen uns hinweggehen. Wenn wir nicht selber einen politischen Kampf gegen den Imperialismus führen, wenn wir keine allseitigen Enthüllungen über die Unterdrückung, die auf die breiten Volksmassen ausgeübt wird, bringen, so werden die Volksmassen auch kein Verständnis und keine Solidarität mit uns, wenh wir als Partei unterdrückt werden, aufbringen.

Wenn wir es versäumen, die Notwendigkeit des Sturzes des westdeutschen Imperialismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats konkret an den Erscheinungsformen der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung hier im Land zu vermitteln, dann nützen auch Flugblätter und Artikel über Revolution „draußen", im fernen Osten, in Afrika und Südamerika nichts.

Es lassen sich bestimmt hunderte von Beispielen aufzählen, daß die bürgerliche Presse politische Enthüllungen bringt, sie natürlich für die bürgerliche Agitation und Propaganda verwendet, und daß die betreffenden Ortsgruppen der Partei entweder dazu ganz schweigen oder diese Enthüllungen dem ROTEN MORGEN vorenthalten.

Wir wollen das mit einem halben Dutzend Beispielen belegen, es ist das, was nach kurzer Überlegung und Untersuchung herauskam.

gemacht: „Ich kann mir durchaus einen Fall vorstellen, wo wir mit der DKP gemeinsam vorgehen können: Gegen die ganz Verrückten, die Maoisten !" Davon berichteten die Wormser Genossen kein Wort.

In **Mannheim** findet zur Zeit ein Bürgerentscheid über die geplante Verstaatlichung der städtischen Polizei statt. Gegen diese weitere Verschärfung der Unterdrückung durch Konzentrierung der Polizeigewalt setzen sich die Mannheimer Bürger zur Wehr.

Weiter. Vor etwa 6 Wochen leistete sich ein Mannheimer Hausbesitzer eine bodenlose Unverschämtheit, als er ein Rentnerehepaar aus der DDR wegen ihrer gebrauchten Möbel und abgetragenen Kleider trotz Mietvertrag wieder aus der Wohnung warf.

Über alles von den Mannheimer Genossen kein Wort.

In **München** ist ein Fall von Beamtenwillkür und Korruption bekanntgeworden, als ein CSU-Politiker sein Söhnchen vor dem Durchfallen beim Examen rettete, indem er seinen Einfluß auf das Kultusministerium geltend machte, das daraufhin die Fakultät anwies, den korrekten Prüfungsbescheid rückgängig zu machen.

Davon aus München keine Zeile.

Es ist nicht verwunderlich, daß aus den Ortsgruppen kaum derartiges kam, hatte sich doch - örtlich verschieden - ein Trend zum Ökonomismus breitgemacht. Verstärkt wurde diese Erscheinung auch dadurch, daß von zentraler Seite nicht nur keine Anleitung kam zur Korrektur dieser ökonomistischen Tendenzen (außer einem theoretischen Artikel im ROTEN MORGEN Nr. 4/71), sondern daß selbst im ROTEN MORGEN seit Februar dieses Jahres diese Tendenzen sich durchzusetzen begannen, so daß die im ROTEN MORGEN Nr. 8/70 im wesentlichen korrekt bestimmte Aufgabe der Zeitung nicht verwirklicht wurde, so daß die Bedeutung des ROTEN MORGEN als Tribüne der Volksinteressen, als konzentrierter Ausdruck des Protestes und Widerstandes gegen die imperialistische Unterdrückung der Volksmassen nicht zum Ausdruck kam. Wie sollten die Ortsgruppen auch anders reagieren, hatten sie doch zentral keine konkrete Anlei-

vor allem zu erreichen suchen, daß die Massen auch gegen die Unterdrückung demonstrieren, ohne daß dies ihnen bestimmte Sofortergebnisse verheißt. Gerade wenn eine größere Anzahl Menschen mobilisiert ist, ist die Bereitschaft zur zur Aufnahme unserer Propaganda sehr groß.

Wohlgemerkt, sofortige Mobilisierung der Massen setzt das entsprechende Bewußtsein über die Notwendigkeit einer Aktion voraus. Das aber sit bei bestimmten Enthüllungen unter Umständen durchaus möglich.

Das gleiche gilt für ökonomische Enthüllungen. Die Unterstützung der wirtschaftlichen Kämpfe, sowie die ökonomische Agitation dürfen nun nicht etwa aus Angst vor Ökonomismus vernachlässigt werden.

Allerdings muß das Hauptgewicht der Arbeit auf der Führung des politischen Kampfes liegen. Nur durch die Entfaltung des politischen Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus kann sich die Partei entwickeln, können die Kader herangebildet werden.

Die politischen Enthüllungen am Ort oder innerhalb der näheren Umgebung, gleichgültig, ob sie von der Lokal- oder Regional-Presse oder von der Ortsorganisation selbst gemacht wurden, müssen ins Zentralorgan.

Nur so können wir die vielen kleinen Bäche des Widerstandes gegen die imperialistischen Unterdrücker zu einem großen, mächtigen revolutionären Strom vereinigen und zum Sieg über den Imperialismus führen.

Vor allem aber müssen wir, die Redaktion des ROTEN MORGEN, mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir selbst eine marxistisch-leninistische Politik machen, die Ortsgruppen somit wirklich anleiten und das Zentralorgan zu einem brauchbaren kollektiven Propagandisten, kollektiven Agitator und kollektiven Organisator machen.

Die zahlreichen Leser des ROTEN MORGEN fordern wir auf, uns über alle politischen Vorkommnisse an ihrem Ort zu informieren. Damit tragen sie dazu bei, den ROTEN MORGEN zu einem lebendigen Forum der Volksinteressen zu machen. Leserbriefe werden garantiert vertraulich behandelt.

DIE 'INNEREN REFORMEN' DER SPD

BUNDESGRENZSCHUTZ GEGEN STREIKENDE ARBEITER

WIE SICH DIE IMPERIALISTEN AUF DIE INNERE KRISE VORBEREITEN

Die westdeutschen Imperialisten wissen genau, daß sie in den nächsten Jahren nicht nur mit einer längeren ökonomischen Krise zu rechnen haben, ihre Widersprüche zu den Massen der Werktätigen verschärfen sich beständig auf allen Ebenen. Die Imperialisten erkennen ihre eigene Schwäche und in ihrer panischen Angst, daß das Proletariat ihnen in der Krise an den Kragen geht, bereiten sie sich jetzt auf die kommenden Kämpfe vor.

Für den offenen Kampf gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen haben sich die Imperialisten mit den Notstandsgesetzen längst eine „gesetzliche" Basis geschaffen. Nachdem dieses Ausnahmerecht nun 1969 über die parlamentarische Bühne gebracht wurde, sind sie jetzt damit beschäftigt, die bestehenden Rechte abzubauen und sie ändern durch eine Novelle nach der anderen die jetzt zur Anwendung kommenden Gesetze. Der Einsatz der Bundeswehr ist durch die Notstandsgesetze schon gesichert, jetzt geht es darum, Grenzschutz und Polizei den „Tageserfordernissen" anzupassen.

So setzen die Imperialisten nun die SPD ein, die mit den sogenannten „inneren Reformen" diese Aufgaben durchführen soll. Sehen wir uns die Maßnahmen nun im Einzelnen an:

Regionalverteidigung gegen streikende Arbeiter.

In zunehmendem Maße werden gegenwärtig von den Wehrbereichskommandos sogenannte ‚Regionalverteidigungsverbände' aufgestellt. Diese Verbände haben nach offiziellen Angaben „im Verteidigungsfall" Milizfunktion, d.h. Schutzaufgaben gegen „durchgebrochene Feindeinheiten" (z.B. Fallschirmjäger) und Sabotagekolonnen im eigenen Land. Geschützt werden sollen vor allem die Industrieanlagen, Kraftwerke, Rundfunkstationen usw. Den Kollegen, die bereits als Reservisten an Übungen der Regionalverteidigung teilgenommen haben, sind zum größten Teil die Augen übergegangen. Da lautete in einer Übung beispielsweise der Befehl: „Eine von feindlichen Fallschirmjägern besetzte Fabrik stürmen und freikämpfen." Einige der beteiligten Offiziere und Unteroffiziere waren offener: „Wir dürfen das zwar nicht sagen, aber wir werden auch eingesetzt, wenn die Fabrik von streikenden Arbeitern und linksradikalen Kräften besetzt ist." Kommentar überflüssig !

Bundespolizei gegen Polizei der Länder

unterscheidet. Wenn die Imperialisten die Arbeiter durch jahrzehntelange knochenharte Ausbeutung langsam zugrunde richten, gilt das als legal, wenn das organisierte Gangstertum (und die Unterwelt ist organisiert) sich auf noch schnellere und brutalere Weise bereichert, gilt das als illegal. Wo ist da der wesentliche Unterschied ?

Gangstertum ist Teil des Kapitalismus

Die organisierte Unterwelt ist zudem auf ähnliche Weise organisiert, wie die Imperialisten. Die großen Fische, die Bosse sind kaum zu fassen; sie haben sich durch Scheingesellschaften usw. abgesichert. Nach echt kapitalistischer Manier gilt auch in der Unterwelt: Geld ist Macht ! Auch dort sind die kleinen Fische die Dummen. Wer hat sie denn auf die schiefe Bahn gebracht ? Eine Gesellschaft, in der das höchste Ziel der Profit ist, das schnelle Reichwerden, die aber den Profit nur sehr wenigen ihrer Mitglieder zugesteht, in der die große Mehrzahl nur zum Arbeiten und Profitschaffen existiert. In dieser Ausbeutergesellschaft, die beständig ihren schwarzen Schatten, ihr negatives Spiegelbild produziert, die durch ihre Struktur ständig neue Verbrecher erzeugt, gibt es keine wirksame Verbrechensbekämpfung. Es steigert sich höchstens die Zahl der kleinen Fische, die ins Gesetzeshüternetz gehen.

1.) Waffen in falscher Hand ?

Seit einiger Zeit machen Politiker und Presse eine umfangreiche Propaganda für eine neue Waffengesetzgebung, nach der der Besitz von Waffen angezeigt werden muß (ansonsten macht man sich strafbar) und der Verkauf und Versand von Waffen stark eingeschränkt werden soll. Damit gibt man vor, die Zahl der bewaffneten Kapitalverbrechen drastisch senken zu können. Sicher wird der Kauf und Besitz von Waffen durch das angestrebte Gesetz erschwert, aber der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Erfolg. Denn schon heute besorgen sich Verbrecher ihren Ballermann aus Italien oder über andere Schwarzmarktquellen, was schon heute verboten ist und trotzdem nicht eingeschränkt werden kann. Welcher Verbrecher wird denn bei der Polizei anzeigen, daß er eine Waffe hat ? Ähnlich ist es bei den Waffennarren, die zum Teil in unverantwortlicher Weise mit ihren Kleinkalibergewehren in der Gegend herumballern und harmlose Leute gefährden. Was so ein richtiger Waffennarr ist, der schreckt vor nicht zurück, um Waffen zu bekommen. Das Geschäft macht bei einem generellen Verbot die Unterwelt. Eine neue Waffengesetzgebung hätte also kaum den angestrebten Erfolg. Sie hat nur einen Sinn: Die Imperialisten wollen möglichst frühzeitig verhindern, daß zu viele Waffen in die Hände des Volkes kommen, Waffen, die später einmal gegen die Imperialisten und ihre Unterdrückungsorgane angewendet werden könnten.

2.) Wer sitzt sündigt nicht

Eine weitere „Reform" soll die Verschärfung des Haftrechts zum Inhalt haben. Von Benda (CDU), über Jahn (SPD) bis Genscher (FDP) sind „Reform"-vorschläge eingegangen, die sich nur im Detail unterscheiden, im wesentlichen aber alle eines gemeinsam haben: Ein auch unter dem Namen Vorbeugehaft bekanntes Haftrecht, nach dem sogenannte „Serientäter" von der Festnahme bis zur Verhandlung in Haft bleiben sollen. Sehen wir uns die Praxis an: Die Großen der Unterwelt kriegen höchstens mal eine Anzeige wegen Steuerhinterziehung. Das ist zwar eine

Sicherheitsverwahrung. Nun, und bei den Straftätern, die das erste Mal geschnappt werden (meist Jugendliche), kann man nicht voraussagen, ob sie weitermachen oder ob der Schock der Festnahme sie auf einen „besseren Weg" bringt. Abgesehen davon, daß gerade die „Anfänger" in unseren Haftanstalten zu perfekten Verbrechern ausgebildet werden. Wir sehen also: Außer einigen Zufallserfolgen ist ein verschärftes Haftrecht kein wirksames Mittel zur Verbrechensbekämpfung. Warum dann der ganze Aufwand ? Weil damit eine ganz bestimmte Gruppe von

Die Regionalverteidigung ist aber nicht das einzige Eisen, das die Imperialisten im Feuer haben. Da gibt es weiter den Bundesgrenzschutz (BGS), der laut Verfassung die Polizei des Bundes ist und nur zu Grenzschutzaufgaben eingesetzt wird. In der Praxis sieht das schon so aus: Da ergeben sich vielfältige Sicherungsaufgaben im Rahmen der Notstandsgesetze und aus der Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt. Die jetzt von Staatsschützer Genscher vorgelegte und vom Kabinett bereits verabschiedete Neufassung des Gesetzes zum BGS geht noch einen Schritt weiter: Demnach soll der BGS auch ohne Anwendung der Notstandsgesetze in den Bundesländern als Polizei eingesetzt werden, in denen „die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann". Daß die „öffentliche Sicherheit'' die Sicherheit des Profits der Monopol- und Konzernbosse ist, ist klar. Deshalb ist es auch klar, wo der BGS eingesetzt werden wird.

Aus den Zeitungsberichten geht hervor, daß der BGS nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch und ideologisch auf seine „Eliteaufgaben" vorbereitet wird. So werden „Langhaarige" und sonstige Aufmucker aus dem BGS entfernt und zum Teil in die Bundeswehr eingegliedert. Ausrichtung und totaler Gehorsam heißt die Devise beim BGS. Damit folgen die westdeutschen Imperialisten dem Beispiel anderer europäischer Länder (Frankreich, Italien), die schon längst paramilitärische „Eliteeinheiten" für den Einsatz im Klassenkampf gegen das Proletariat aufgestellt haben.

Gegen diese „neuen" Aufgaben des BGS regt sich Widerspruch in den Reihen der Polizei der Länder. So tönte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann: „Das neue BGS-Gesetz ist verfassungswidrig" und „Schafft den BGS ab !" Kuhlmann hat etwas andere Vorstellungen von der Taktik, mit der man gegen eine kämpfende Arbeiterklasse vorgehen sollte; so verlangt er: Anwerbung von mindestens 30000 (!) Nachwuchsbeamten und die Einrichtung von Sicherheitskomitees in jeder größeren Stadt, denen Vertreter der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des Ausländer- (!), Ordnungs- und Gesundheitsamtes angehören sollen. Dem Proletariat kann es egal sein, wer den Handlanger der Imperialisten spielt.

Verbrechensbekämpfung durch härtere Gesetze?

Verständlicherweise sprechen die „Volksvertreter" der SPD oder anderer Parteien nicht oder nur sehr nebensächlich vom Kampf gegen die Kommunisten und das Proletariat, wenn sie solche Maßnahmen vorbereiten. Sie benutzen die berechtigte Angst der Bevölkerung vor der zunehmenden Zahl von Verbrechen und versprechen „Reformen" zur besseren Verbrechensbekämpfung. Daß im Kapitalismus wirksame Verbrechensbekämpfung eine Illusion ist und bleiben wird, zeigt sich täglich aufs neue. Denn die Verbrechen, die die Mehrzahl ausmachen und ständig steigen, sind die Eigentumsdelikte in aller Form, vom Raubmord bis zum Diebstahl. Sie sind untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden, sozusagen „illegaler" Kapitalismus, der sich nicht einmal so sehr vom „legalen" Kapitalismus

Das wissen auch die Imperialisten. Deshalb geben sie sich mit den kleinen Fischen zufrieden und richten die „Organe zur Verbrechensbekämpfung" von vornherein hauptsächlich zur Bekämpfung der Organe der Arbeiterklasse aus, bzw. gegen jede Kraft, die an den Grundfesten des Kapitalismus rüttelt. Das haben wir in den letzten Jahren gesehen: Wenn eine linke Demonstration, Kundgebung oder Versammlung stattfand, wimmelte es von Polizisten. Für ausreichende Streifengänge aber, zum Schutze der Bevölkerung, ist die Polizei weit unterbesetzt !

Daß die „Reformer" nur in der Nebenseite den Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen im Auge haben, zeigt sich an zwei Beispielen. Abgesehen davon, daß die Kommunisten und die Fortgeschrittensten des Proletariats kriminalisiert werden sollen, sehen wir dabei sehr deutlich, wie die Verbrechensbekämpfung nur als ideologischer Deckmantel dient, um Klassenkampfvorbereitungen zu verschleiern:

Serientat, gilt aber nicht als solche, denn sonst müßten alle Kapitalisten hinter Gitter. Die Unterweltbosse kriegen wir also damit nicht. Wen kriegen wir sonst ? Bei wem kann man überhaupt voraussagen, daß er nach der Festnahme weiter Straftaten begeht ? Nun, bei den Psychopathen zum Beispiel, bei geistig Kranken. Die gehören aber nicht in U-Haft, sondern in eine Heilanstalt. Oder die Verbrecher, die schon eine längere Vorstrafenliste haben und von denen die Erfahrung gezeigt hat, daß sie immer wieder straffällig werden ? Für sie langen die geltenden Gesetze, denn sie kommen in

ganz bestimmte Gruppe von „Serientätern" erfaßt werden soll, die Kommunisten und die Fortschrittlichsten des Proletariats nämlich. Bei ihnen kann man in der Tat sicher sein, daß für sie eine politische Anklage kein Grund ist, mit der politischen Arbeit aufzuhören. Im Gegenteil. Also muß man sie von Anfang an gründlich „aus dem Verkehr ziehen".

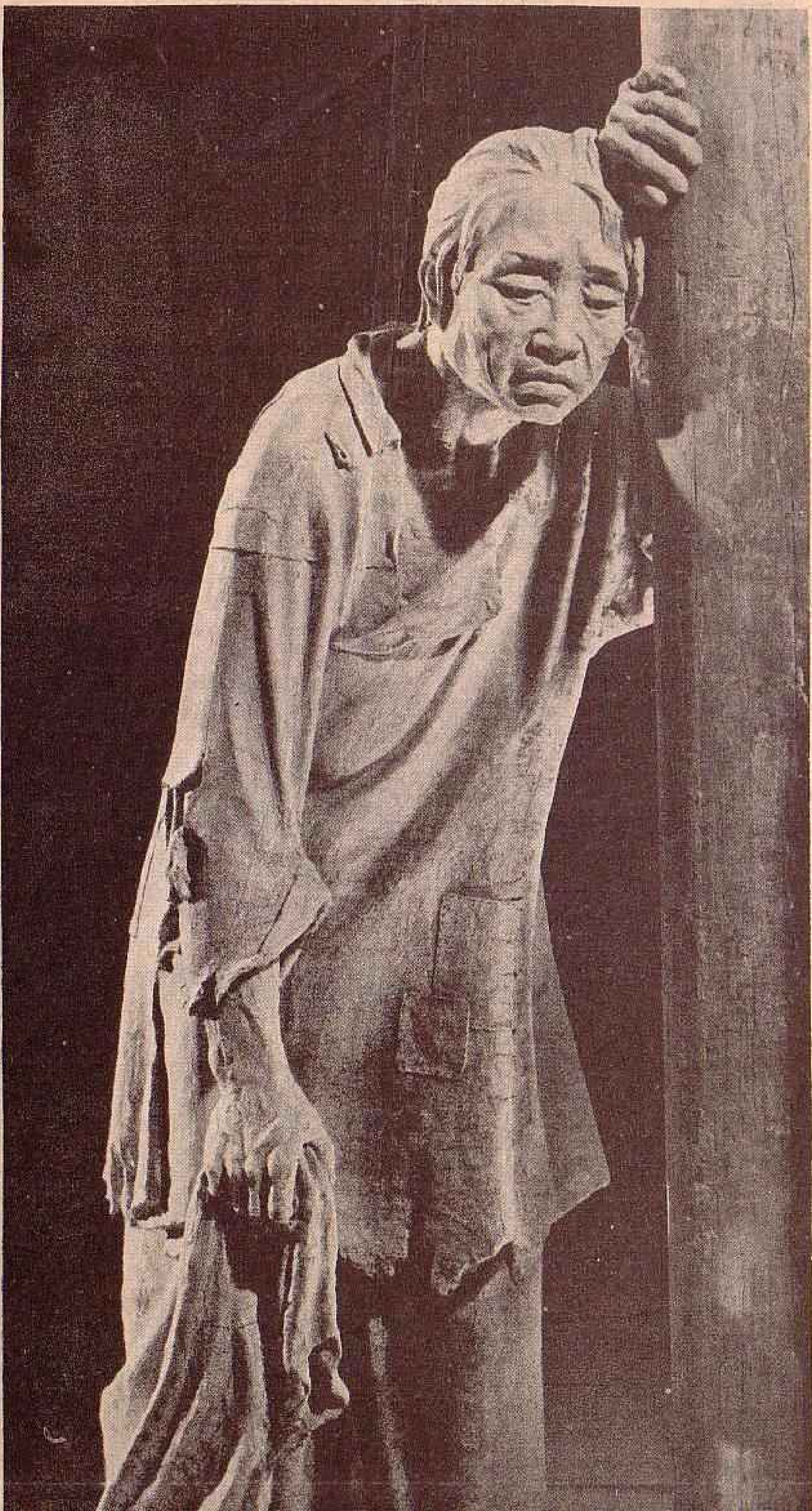
Wir sehen auch hier: Die „Reformen" richten sich nur nebenher gegen das Verbrechen, in der Hauptseite bereiten aber sie die Schläge der Imperialisten gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vor.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die KPD/ML ?

Aus den konkreten Vorbereitungen der imperialistischen Exekutivorgane geht eindeutig hervor, daß die Imperialisten den Kampf mit allen Mitteln zur Vernichtung der marxistisch-leninistischen Bewegung und zur Unterdrückung der Arbeiterklasse planen. Wer in einer solchen Situation wie die DKP Märchen und Illusionen vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" verbreitet, arbeitet dem Kapital in die Hände. Denn er lähmt die Arbeiterklasse, läßt sie unvorbereitet und liefert sie schutzlos den Angriffen der Imperialisten aus.



DER NÄCHSTE ROTE MORGEN ERSCHEINT IN VIERZEHN TAGEN, AM MONTAG, DEM 25. OKTOBER



ALTE MENSCHEN IM KAPITALISMUS

In der BRD gibt es über 8 Millionen Menschen über 65 Jahre, und es werden durch die aus Polen und der DDR kommenden alten Deutschen immer mehr. Daß die Bonzen in der DDR und in Polen nicht aus moralischen sondern finanziellen Gründen den alten Deutschen eine Ausreisegenehmigung nach dem Westen geben, ist wohl klar, denn ein Mensch, der seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen kann, die ja schon verbraucht ist, kann abgeschoben werden. Auch in der Bundesrepublik sucht sich ein Kapitalist natürlich die beste Ware aus. Dies zeigt sich in der Arbeitslosenstatistik deutlich: Jeder zweite Arbeitslose ist über 55 Jahre. Kein Wunder, daß die meisten alten Menschen unter dem Gefühl leiden, in dieser Gesellschaft ganz und gar überflüssig zu sein. Die Mehrheit alter Leute lebt isoliert und einsam, nur noch wenige wohnen bei ihren Kindern, da diese selbst durch den kapitalistischen Leistungsdruck überlastet sind und sich nicht noch um ihre Eltern kümmern können.

Wie sieht es in den Altersheimen aus?

Die Zustände in den westdeutschen Altersheimen sind katastrophal. Tatsache ist, daß ein Platz im Altersheim den Lebensabend öfter verkürzt als verschönt. So stirbt zum Beispiel ein Viertel aller neuen Altersheiminsassen in den ersten sechs Monaten, ein weiteres Viertel leidet unter schweren psychischen Belastungen (Spiegel, Nr. 52 1969).

Extremfälle, wie die Ermordung von 17 Greisinnen durch den Leiter des privaten Altenpflegeheimes in Mittelheim im Rheingau sind nur die Spitze

profitablen Bau von Altersheimen nicht genügend fördert, ist das „Geschäft mit den Alten" für viele skrupellose Geldmacher sehr lukrativ geworden.

Die Unterbringung kostet die Alten meist zwischen 400 und 1 200 DM. Einzelzimmer sind selten. Ausgebildetes Pflegepersonal ist kaum vorhanden, das Essen meist schlecht und nicht auf die Bedürfnisse alter Menschen abgestellt (z.B. viel Frischobst). Um die Gestaltung der Freizeit der Alten kümmert sich niemand. Die Alten selbst erhalten nur lächerliches Taschengeld (in Osthofen etwa

Das wird sich im kapitalistischen System auch nie ändern, da das unersättliche Profitstreben im Wesen des Kapitalismus liegt.

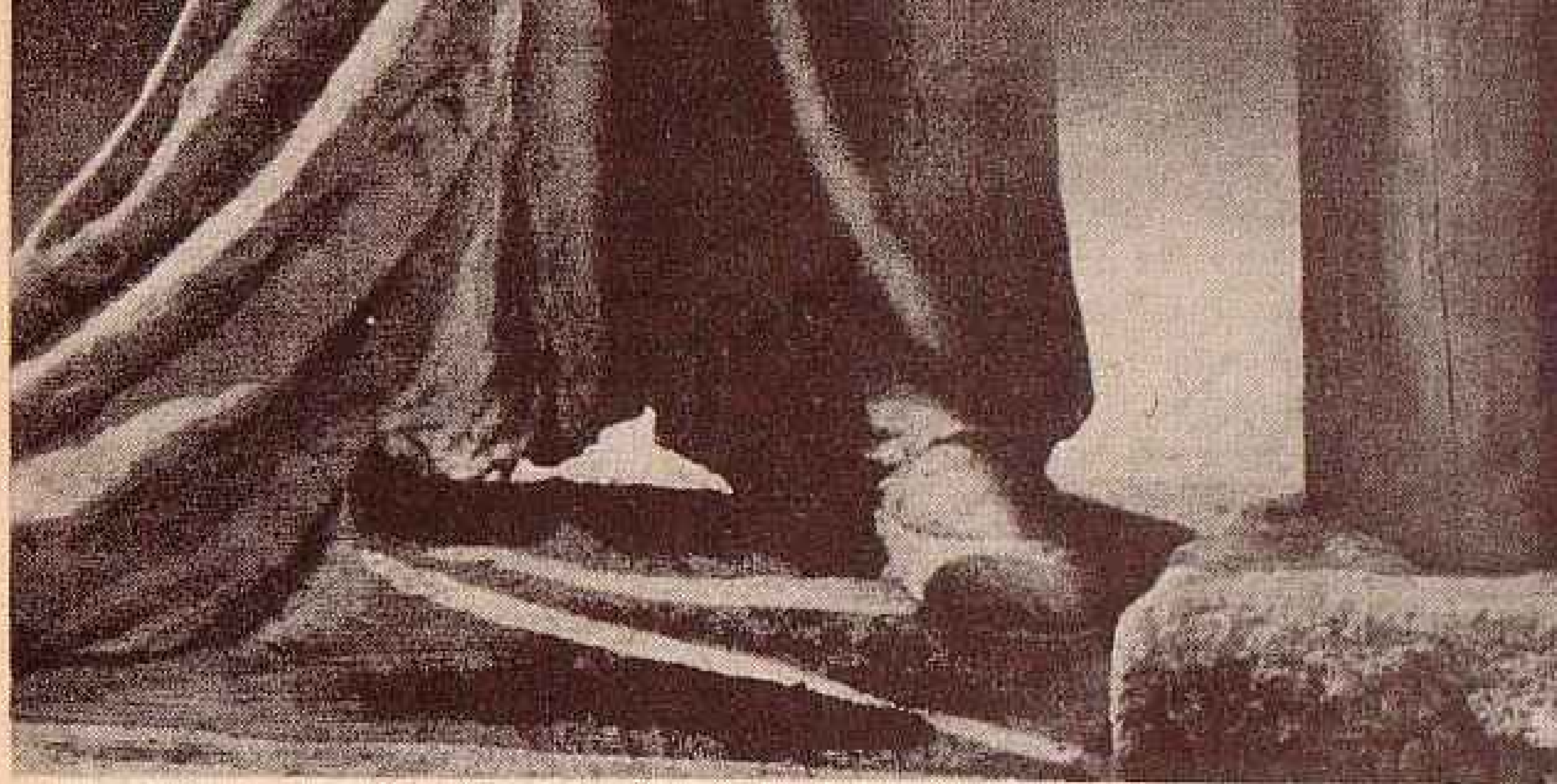
Anders in sozialistischen Staaten. Hier zählt nicht der Profit, sondern das Wohlergehen des gesamten Volkes und damit auch jedes einzelnen.

In China zum Beispiel werden die Alten nicht einfach abgeschoben, sondern sie bemühen sich, soweit es ihnen möglich ist, noch ihren Beitrag zum sozialistischen Aufbau zu leisten.

Sie unterstützen mit ihren langjährigen Erfahrungen den Entwicklungs- und Forschungseifer der Jungen, reparieren bereits ausrangierte Maschinen und nehmen vor allem aktiv an der politischen Arbeit teil.

Für ihr materielles Wohlergehen ist natürlich auch gesorgt, die Rente beträgt 70% des früheren Lohnes. Nur in einem sozialistischen Staat kann ein Mensch alt werden, ohne Angst zu haben, einmal überflüssig und lästig zu sein oder mit einer nahe am Existenzminimum liegenden Rente auskommen zu müssen.

Um diesen Staat aufbauen zu können, müssen wir zuerst die Kapitalisten stürzen, denn



des Eisberges einer unwürdigen unmenschlichen Behandlung der Alten in den westdeutschen Altersheimen. Da der Staat als Interessenverwalter des Kapitals, den für diese Kreise un-

30 DM monatlich).

Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wurde, sollen im Osthofener Altersheim noch weitere Mißstände anzutreffen sein.

Wer ist schuld daran?

Für die Kapitalisten sind Arbeitskräfte nur so lange brauchbar, wie sie Höchstleistungen bringen können. Nach 30 bis 50 Jahren Ausbeutung werden die Menschen im kapitalistischen Staat nahezu überflüssig, außer, daß man ihnen eben in Altersheimen noch die letzten paar Mark Rente abknöpft.

erst ihre Entmachtung und die Zerschlagung ihres bürgerlichen Staatsapparates bietet die Voraussetzung zur Errichtung eines sozialistischen Staates.

(Aus „Information", Ortszeitung der Roten Garde Osthofen - früher SAG Osthofen - September 1971)



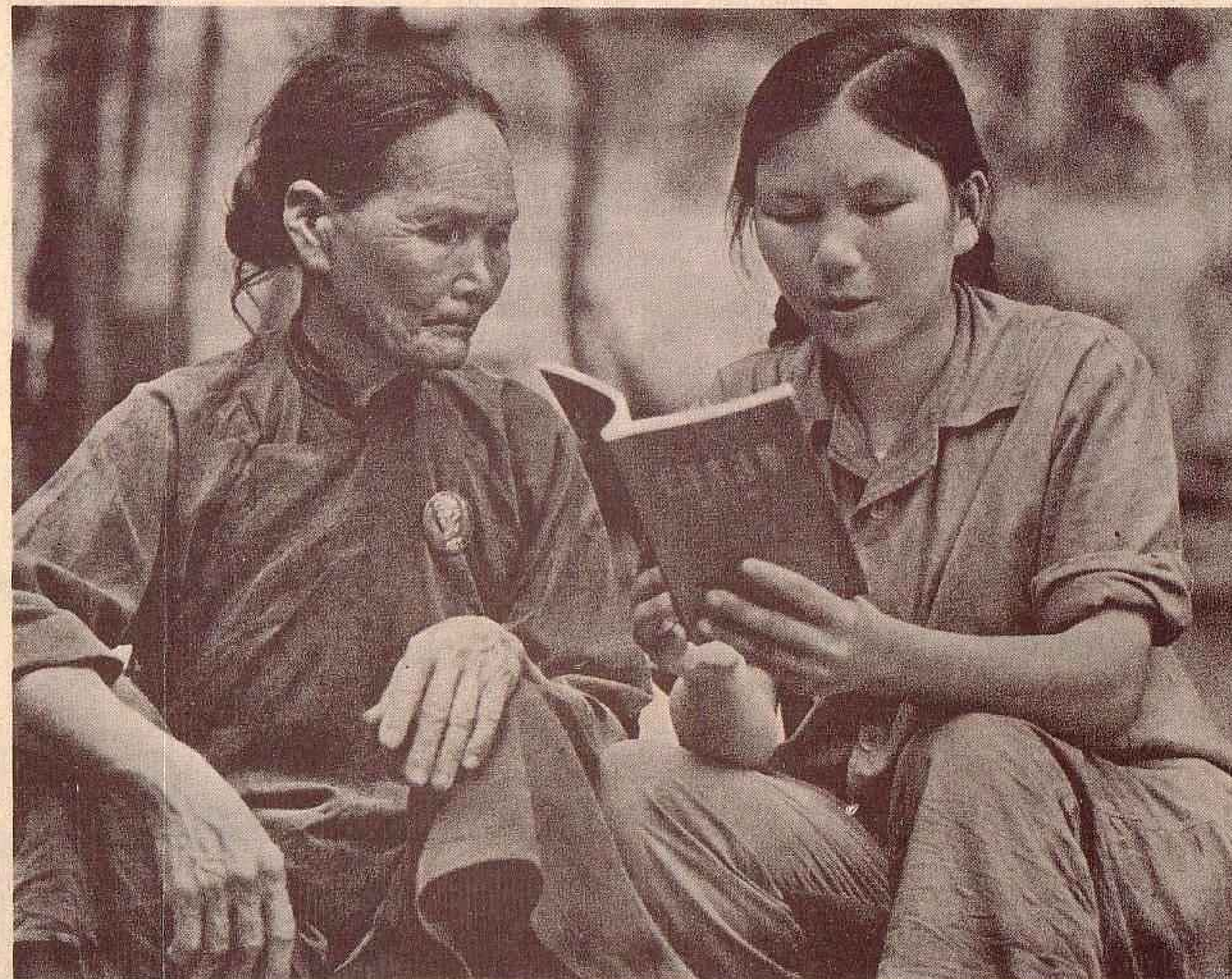
DIE JUSTIZ – FREUND UND HELFER DER POLIZEI

Wir erinnern uns: Der Mörder des Studenten Benno Ohnesorg, der Kriminalobermeister Karl Heinz Kurras, wurde mit Hilfe eines eigens für seinesgleichen zugeschnittenen Paragraphen 51 freigesprochen, später voll rehabilitiert und steht heute wieder im Dienst der West-Berliner Kripo, während die Familie Ohnesorg die Prozeßkosten aufgehalst bekam, die ihr aus der abgewiesenen Schadensersatzklage erwuchsen. Peinliche Panne: Kürzlich durfte Herr Kurras seine Dienstpistole erneut abgeben, weil er im „Verfolgungswahn" damit vor Kneipengästen herumgefuchtelt hatte.

Auch der Polizist Salzwedel, der seinerzeit den durch zwei kräftige Männer festgehaltenen Autoknacker Peter Braatz durch Genickschuß zur Strecke brachte, soll dem Gutachter und Juristen Suttlinger zufolge für seine Tat nicht verantwortlich sein. Er entspreche den Anforderungen eines „guten deutschen Polizeibeamten", der ein „typischer Befehlsempfänger" sei. So sei er „in einem starren Freund-Feind-Schema befangen", wonach beispielsweise „Südländer von Natur aus verdächtig" sind. Folglich: „Der Todesschuß geschah ohne Billigung durch den Verstand !"

In der Tat: In den USA werden die „Befehlsempfänger" von My Lai freigesprochen, auf Gefängnisinsassen und eigene Kollegen dürfen Polizisten ein Scheibenschießen veranstalten, und der es anzettelte, richtet hinterher einen „Untersuchungsausschuß" ein; in Frankreich werden an Häftlingen „Selbstmorde vollzogen – da kann doch der Westdeutsche Imperialismus nicht zurückbleiben ! Er bedarf solcher „guten deutschen Polizeibeamten", denn sie werden ihm „Ruhe an der Heimatfront" garantieren !





IN CHINA NEHMEN DIE ALTEN MENSCHEN AKTIV AN DER POLITISCHEN ARBEIT TEIL